



Zeit der Veränderung. Zeit der Chancen.

Der Geschäftsbericht 2006.

VBL

Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe

Auf der Innenseite finden Sie „**VBL** auf einen Blick.“

VBL auf einen Blick. Gesamtübersicht. Stand 31.12.2006.

Beteiligte	2002	2003	2004	2005	2006	05/06	02/06
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Bund und beteiligte Länder	15	15	15	15	15	0,0	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.684	1.717	1.727	1.708	1.706	-0,1	+1,3
Träger der Sozialversicherung	144	110	105	100	89	-11,0	-38,2
sonstige Arbeitgeber	3.552	3.564	3.555	3.565	3.598	+0,9	+1,3
Teilbeteiligte*	-	-	-	44	44	0,0	
	5.395	5.406	5.402	5.432	5.452	+0,4	+1,1

Versicherte	2002	2003	2004	2005	2006	05/06	02/06
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Pflichtversicherte							
Bund	173.796	171.064	170.712	164.683	159.661	-3,0	-8,1
Länder	832.230	827.195	798.227	775.169	753.364	-2,8	-9,5
kommunale Arbeitgeber	219.320	221.909	209.831	202.319	198.921	-1,7	-9,3
Träger der Sozialversicherung	148.523	119.572	95.454	93.813	91.466	-2,5	-38,4
sonstige Arbeitgeber	559.821	578.220	574.702	590.914	604.479	+2,3	+8,0
Gesamt	1.933.690	1.917.960	1.848.926	1.826.898	1.807.891	-1,0	-6,5
Beitragsfrei Versicherte	1.979.318	2.077.146	2.164.553	2.212.200	2.256.917	+2,0	+14,0
Verträge Freiwillige Versicherung	20.476	53.069	78.323	99.342	123.144	+24,0	+501,4

Betriebsrenten	2002	2003	2004	2005	2006	05/06	02/06
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	%
Aus aktiver Versicherung	875.797	897.528	914.309	928.259	937.322	+1,0	+7,0
Aus beitragsfreier Versicherung	85.281	89.121	102.721	110.641	118.336	+7,0	+38,8
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	24.104	25.940	26.884	26.863	26.644	-0,8	+10,5
Aus Pflichtversicherung gesamt	985.182	1.012.589	1.043.914	1.065.763	1.082.302	+1,6	+9,9
Aus Freiwilliger Versicherung	-	-	62	188	371	+97,3	

Erträge und Aufwendungen	2002	2003	2004	2005	2006	05/06	02/06
	Mio. €	%	%				
Erträge							
Umlageaufkommen ¹	4.199,0	4.392,7	4.335,9	4.349,3	4.452,1	+2,4	+6,0
Kapitalerträge	423,2	513,9	481,7	544,8	551,4	+1,2	+30,3
Summe	4.622,2	4.906,6	4.817,6	4.894,1	5.003,5	+2,2	+8,2
Aufwendungen							
Anstaltsleistungen ²	3.738,0	3.902,1	4.031,8	4.117,5	4.165,6	+1,2	+11,4
Kapitalaufwendungen	333,6	179,9	166,5	75	138,6	+84,8	-58,5
Summe	4.071,6	4.082,0	4.198,3	4.192,5	4.304,2	+2,7	+5,7
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-100,7	-58,3	-191,1	-247,4	-222,7	-10,0	+121,2

Vermögen	2002	2003	2004	2005	2006	05/06	02/06
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%	%
Anlagevermögen ³	6.603,7	7.854,3	9.472,0	9.275,8	8.059,7	-13,1	+22,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	945,1	1.493,7	1.451,6	2.553,3	4.552,0	+78,3	+381,6
Bilanzsumme	7.548,8	9.348,0	10.923,6	11.829,1	12.611,7	+6,6	+67,1

* Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet

¹ einschließlich „Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge“ sowie „Überleitungen“

² Zahlungen für Anstaltsleistungen einschließlich „Überleitungen“

³ einschließlich „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern“

Pflichtversicherung nach umlagefinanzierten Abrechnungsverbänden. Stand 31.12.2006.

Beteiligte	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2005	2006	05/06	2005	2006	05/06
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Bund und beteiligte Länder	10	10	0,0	5	5	0,0
kommunale Arbeitgeber	1.708	1.706	-0,1	-	-	
Träger der Sozialversicherung	91	81	-11,0	9	8	-11,1
sonstige Arbeitgeber	3.317	3.339	+0,7	248	259	+4,4
Teilbeteiligte*	44	44	0,0	-	-	
Beteiligte gesamt	5.170	5.180	+0,2	262	272	+3,8

Pflichtversicherung	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2005	2006	05/06	2005	2006	05/06
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aktiv Versicherte						
Bund	135.773	131.123	-3,4	28.910	28.538	-1,3
Länder	520.833	512.282	-1,6	254.336	241.082	-5,2
kommunale Arbeitgeber	202.313	198.915	-1,7	6	6	0,0
Träger der Sozialversicherung	75.445	73.275	-2,9	18.368	18.191	-1,0
sonstige Arbeitgeber	510.921	516.194	+1,0	79.993	88.285	+10,4
Gesamt	1.445.285	1.431.789	-0,9	381.613	376.102	-1,4
Beitragsfrei Versicherte	2.045.729	2.078.994	+1,6	166.471	177.923	+6,9

Betriebsrenten	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2005	2006	05/06	2005	2006	05/06
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	%
Aus aktiver Versicherung	886.660	886.957	0,0	41.599	50.365	+21,1
Aus beitragsfreier Versicherung	106.662	113.047	+6,0	3.979	5.289	+32,9
Nach § 83 VBLS (§ 105b d. S. a. F.)	219	199	-9,1	26.644	26.445	-0,7
Gesamt	993.541	1.000.203	+0,7	72.222	82.099	+13,7
Verhältnis aktiv Versicherte zu Renten gesamt	1,45 : 1	1,43 : 1		5,3 : 1	4,6 : 1	

Erträge und Aufwendungen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2005	2006	05/06	2005	2006	05/06
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Erträge						
Umlageaufkommen ¹	4.022,1	4.093,8	+1,8	154,8	154,0	-0,5
Kapitalerträge	396,2	387,0	-2,3	59,6	74,2	+24,5
Summe	4.418,3	4.480,8	+1,4	214,4	228,2	+6,4
Aufwendungen						
Anstaltsleistungen ²	3.988,1	4.019,4	+0,8	67,5	82,2	+21,8
Kapitalaufwendungen	73,4	134,9	+83,8	0,5	0,5	0,0
Summe	4.061,5	4.154,3	+2,3	68,0	82,7	+21,6
Saldo der übrigen Erträge und Aufwendungen	-75,5	-6,4	-91,5	-6,0	-6,0	0,0

Verfügbares Vermögen	Abrechnungsverband West			Abrechnungsverband Ost		
	2005	2006	05/06	2005	2006	05/06
	Mio. €	Mio. €	%	Mio. €	Mio. €	%
Rückstellung für Pflichtleistungen	6.473,3	6.789,1	+4,9	1.367,4	1.507,0	+10,2

VBL. Der Geschäftsbericht 2006.



Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe



Vorwort des Verwaltungsratsvorsitzenden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im April dieses Jahres habe ich das Amt des alternierenden Verwaltungsratsvorsitzenden übernommen und möchte mich Ihnen aus diesem Anlass vorstellen. Ich bin seit 2001 Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes und dort zuständig für den Bereich Gemeinden sowie für die Tarifpolitik des öffentlichen Dienstes.

Die betriebliche Altersversorgung ist ein wichtiger Bestandteil der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst. Sie dient den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Absicherung im Alter, bei Krankheit und im Todesfall. Gleichzeitig ist sie ein Anreiz, um kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

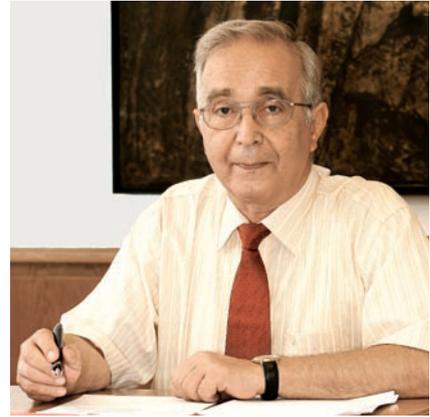
Aktuelle Entwicklungen in der gesetzlichen Rente machen deutlich, wie sehr die Beschäftigten eine gute Betriebsrente benötigen. Mit dem Tarifvertrag Altersversorgung haben wir es geschafft, die Zusatzversorgung und damit verbunden die VBL zukunftsfest zu machen. Dies gilt sowohl für die ökonomischen Erfordernisse als auch für die Qualität der Versorgungsleistungen. Denn das Punktemodell ist ein hochwertiges Leistungssystem. Und mit der Freiwilligen Versicherung haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst eine attraktive Möglichkeit, ihr Einkommen im Alter noch zu verbessern.

Die versicherungstechnische Bilanz hat für das Geschäftsjahr 2005 einen Überschuss ergeben. Deshalb hat der Verwaltungsrat im November 2006 beschlossen, den Berechtigten der Abrechnungsverbände West und Ost sowie im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte Bonuspunkte zuzuteilen. Im Hinblick auf die Finanzierung wurde im Oktober 2006 die gesamte Neuregelung zum Sanierungsgeld genehmigt. Damit haben wir einen entscheidenden Schritt zur gerechteren Lastenverteilung und zur weiteren Konsolidierung der betrieblichen Altersversorgung getan.

Auch für die bei den Ländern beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es Erfreuliches zu berichten: Sie können seit Januar 2007 die Entgeltumwandlung bei der VBL durchführen. Zu einer attraktiven Betriebsrente gehört aber nicht nur ein gutes Produkt, sondern auch der bestmögliche Service. Im Februar dieses Jahres hat die VBL die Arbeit in ihrer neuen Organisationsstruktur aufgenommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBL stehen ihren Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst – seien sie noch aktiv oder bereits im Ruhestand – durch eine kompetente Beratung und Information zur Seite. Dafür herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Martin
Vorsitzender des Verwaltungsrats der VBL



Vorwort des Vorstandsvorsitzenden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

was macht ein Unternehmen erfolgreich? Sind es die Produkte, sein Innovationsgeist, die Marktposition oder der erwirtschaftete Gewinn? Sicherlich spielen alle diese Aspekte eine große Rolle. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Bereitschaft zu kontinuierlicher Veränderung. Nur wer ein sich veränderndes Umfeld rechtzeitig erkennt und sich auf neue Entwicklungen einstellt, hat die Chance erfolgreich zu sein. Und das gilt für alle Unternehmen – egal ob privatwirtschaftlich oder öffentlich-rechtlich organisiert.

Wer sich verändern will, muss das Ziel und den Weg kennen. Und er muss erkennen, an welchen Stellen die Veränderungen anzusetzen haben. Stetige Veränderungsbereitschaft bedeutet aber nicht jedes Jahr eine völlige Umstrukturierung oder neue IT. Wichtig ist es, hier eine flexible Plattform zu schaffen, die sich geänderten Erfordernissen anpassen kann. Wie in vielen Bereichen ist auch ein gewisses Maß an Nachhaltigkeit gefragt.

Seit dem Inkrafttreten des Tarifvertrags Altersversorgung haben sich Aufgaben und Anforderungsprofil der VBL geändert. Wir haben deshalb eine umfassende Strategie der Neuausrichtung erarbeitet und Schritt für Schritt in die Realität umgesetzt. Auch das Jahr 2006 stand ganz im Zeichen dieser Weiterentwicklung. Das Ziel ist und war, unseren Service und unseren Auftritt an unseren Kunden auszurichten. Die zentralen Punkte der Neuausrichtung sind eine Optimierung der Organisation mit ihren Strukturen und den Geschäftsprozessen, eine entsprechende IT und eine Arbeits- und Unternehmenskultur, die sich am Bild des unternehmerisch denkenden und kundenbezogen handelnden Mitarbeiters orientiert.

Auf allen Gebieten haben wir im Jahr 2006 viel erreicht. Das Projekt „VBL2005“ wurde zur Jahreswende 2006/2007 beendet und die hier konzipierte Neuorganisation der Abteilungen und der Aufgabenteilung im Februar 2007 in die Tat umgesetzt. Aufgrund der neuen Aufbauorganisation haben insgesamt 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter andere Positionen erhalten. Die IT-Neuausrichtung und eine Reihe weiterer für die neue VBL wichtiger Vorhaben werden im Anschlussprojekt „Phoenix“ durchgeführt.

Die Veränderungen waren nur möglich, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sie mitgetragen und umgesetzt haben. Das Jahr 2006 war für die VBL also ein erfolgreiches Jahr! Auch die gute Entwicklung unserer Kapitalanlage, die Einführung der Entgeltumwandlung in den Ländern und die Verabschiedung der Neuregelungen zum Sanierungsgeld lassen uns positiv in die Zukunft schauen.

Mit freundlichen Grüßen

W. R. Thiel

Wolf R. Thiel

Präsident und Vorsitzender des Vorstands

Inhaltsverzeichnis.

Aufgaben und Struktur	6
Lagebericht	12
Jahresabschluss 2006	48
Anhang	58
Beschlüsse der Organe	96
Organe	100

6

Aufgaben.

12

Lagebericht.

48

Jahresabschluss 2006.

58

Anhang.

96

Beschlüsse der Organe.

100

Organe.







Panta rhei.

Alles fließt.
Alles verändert sich.

Alles ist in Bewegung.

Kein Augenblick gleicht dem anderen.

Nichts steht still.

Leben ist Bewegung.

Veränderung.

Die VBL bewegt sich weiter.



Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wurde am 26. Februar 1929 durch eine gemeinsame Verfügung des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen in Berlin gegründet. Seit 1952 hat sie ihren Sitz in Karlsruhe.

Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) ist eine von Bund und Ländern gemeinsam getragene rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wurde am 26. Februar 1929 durch eine gemeinsame Verfügung des Deutschen Reiches und des ehemaligen Landes Preußen in Berlin gegründet. Seit 1952 hat sie ihren Sitz in Karlsruhe.

Rechtsnatur und Aufsicht

Die VBL steht unter der Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Die Versicherungsaufsicht über den Abrechnungsverband der freiwilligen Versicherung führt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten als Vorsitzenden und 16 weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende und zwei weitere Mitglieder sind hauptamtlich tätig. Sie führen die laufenden Geschäfte. Die hauptamtlichen Mitglieder und sechs weitere Mitglieder des Vorstands werden von der Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder ernannt. Die anderen acht Mitglieder ernennt der Verwaltungsrat nach dem Vorschlag der Gewerkschaften aus dem Kreise der Versicherten. Die Amtsdauer beträgt fünf Jahre.

Organe

Der paritätisch besetzte Verwaltungsrat besteht aus 38 Mitgliedern. Jeweils 19 Mitglieder werden von der Aufsichtsbehörde auf Vorschlag der Träger und auf Vorschlag der Gewerkschaften berufen. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Beide Gruppen bestimmen aus ihrer Mitte jeweils einen Vorsitzenden. Die beiden Vorsitzenden führen den Verwaltungsrat im kalenderjährlichen Wechsel.

Aufgabe

Aufgabe der VBL ist es, Arbeitnehmern der bei ihr beteiligten Arbeitgeber im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu zahlen. Die arbeitsrechtlichen Grundlagen sind in den Versorgungstarifverträgen des öffentlichen Dienstes geregelt.

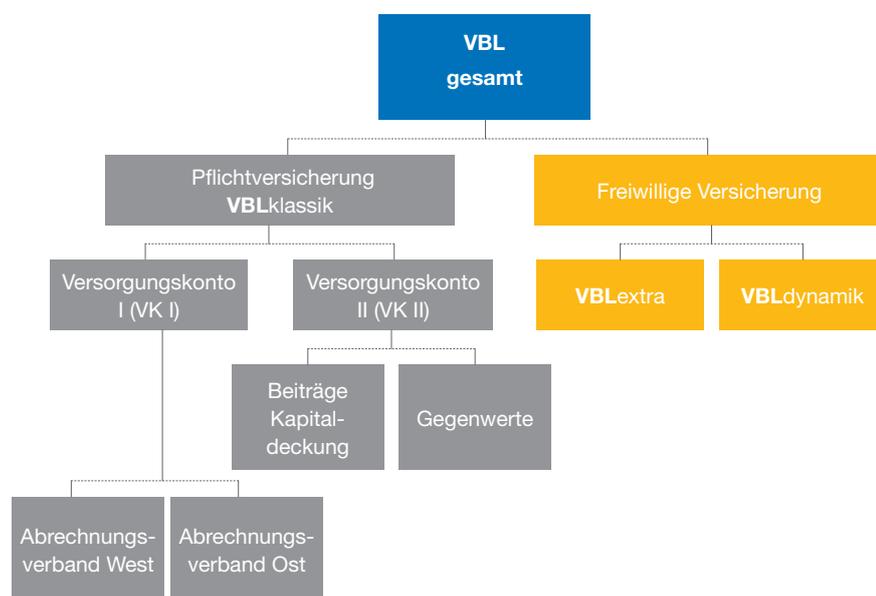
Voraussetzung für die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung ist die Beteiligung des Arbeitgebers bei der VBL. Die Beteiligungsvereinbarung ist ein Gruppenversicherungsvertrag, bei dem der Arbeitgeber Versicherungsnehmer und die Arbeitnehmer und ihre Hinterbliebenen Bezugsberechtigte sind. Grundsätzlich sind alle Arbeitnehmer zur Pflichtversicherung anzumelden.

Die Tarifvertragsparteien haben den Pflichtversicherten in dem Tarifvertrag über die betriebliche Altersversorgung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Tarifvertrag Altersversorgung – ATV) vom 1. März 2002 außerdem die Möglichkeit eröffnet, durch Entrichtung eigener Beiträge eine zusätzliche kapitalgedeckte Altersversorgung (Freiwillige Versicherung) abzuschließen.

Ergänzend zu dem Produkt der Pflichtversicherung – **VBL**klassik – bietet die VBL deshalb zwei weitere Produkte an: die Freiwillige Versicherung in Anlehnung an das Punktemodell – **VBL**extra – und die fondsgebundene Rentenversicherung – **VBL**dynamik. Bei beiden Produkten kann die steuerliche Förderung nach dem Altersvermögensgesetz (AVmG) in Anspruch genommen werden. Pflichtversicherte haben die Möglichkeit, ihre Altersversorgung durch den Abschluss einer Freiwilligen Versicherung auf eine breitere Basis zu stellen.

Die Aufgaben der VBL und ihre Finanzierung werden in der folgenden Struktur durchgeführt:

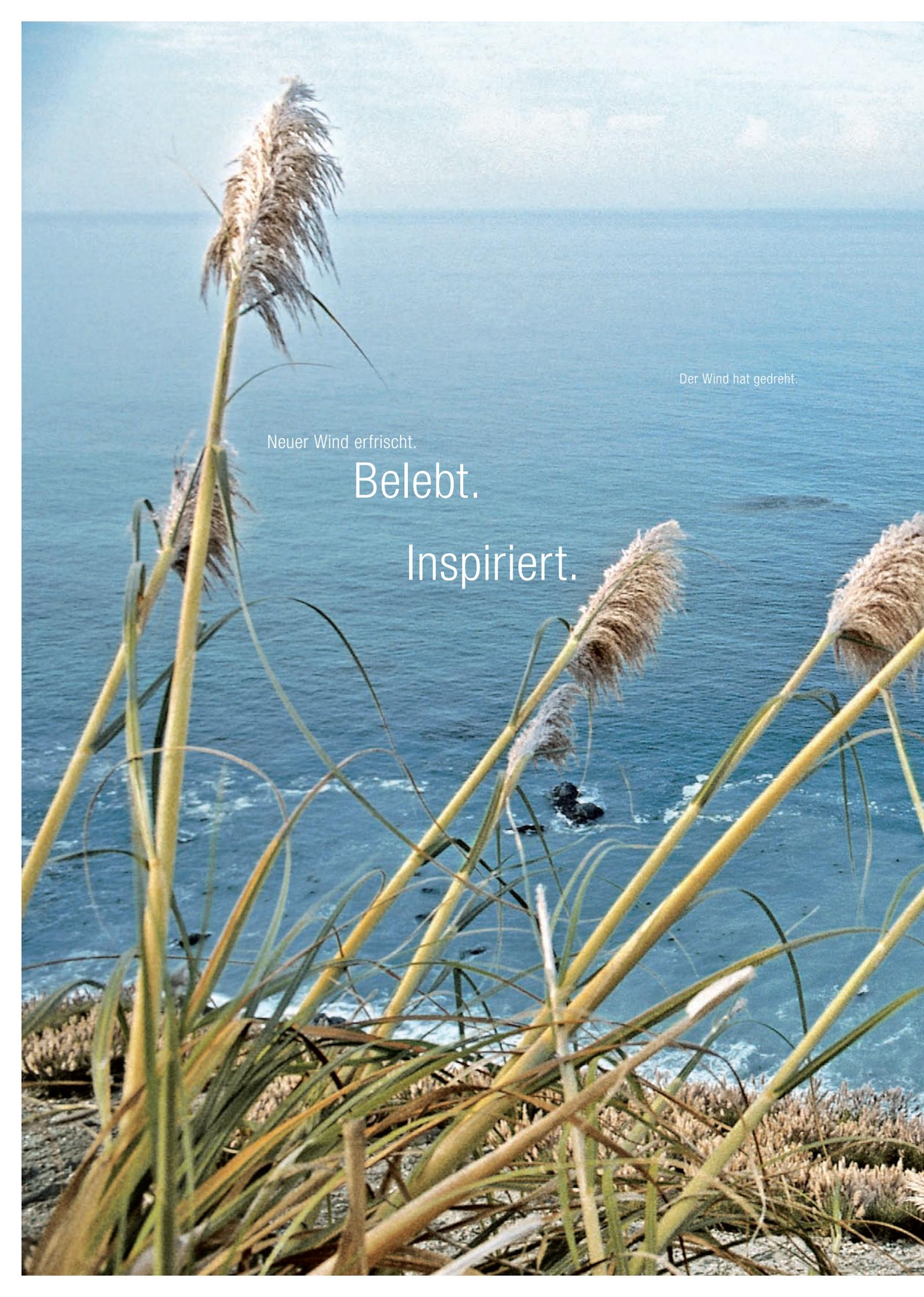
Struktur



Die VBL ist Mitglied

Verbandszugehörigkeit

- der aba Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e. V. mit Sitz in Heidelberg sowie
- des Europäischen Verbandes der Versorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes (EVVÖD) – Association Européenne des Institutions de Retraites du Secteur Public (AEIRSP), European Association of Public Sector Pension Institutions (EAPSPI) – mit Sitz in München.

A photograph of a coastal landscape. In the foreground, several tall, slender grasses with feathery, golden-brown seed heads are in focus, leaning slightly. The background shows a vast, deep blue ocean meeting a clear, light blue sky at the horizon. The overall mood is serene and fresh.

Der Wind hat gedreht.

Neuer Wind erfrischt.

Belebt.

Inspiziert.

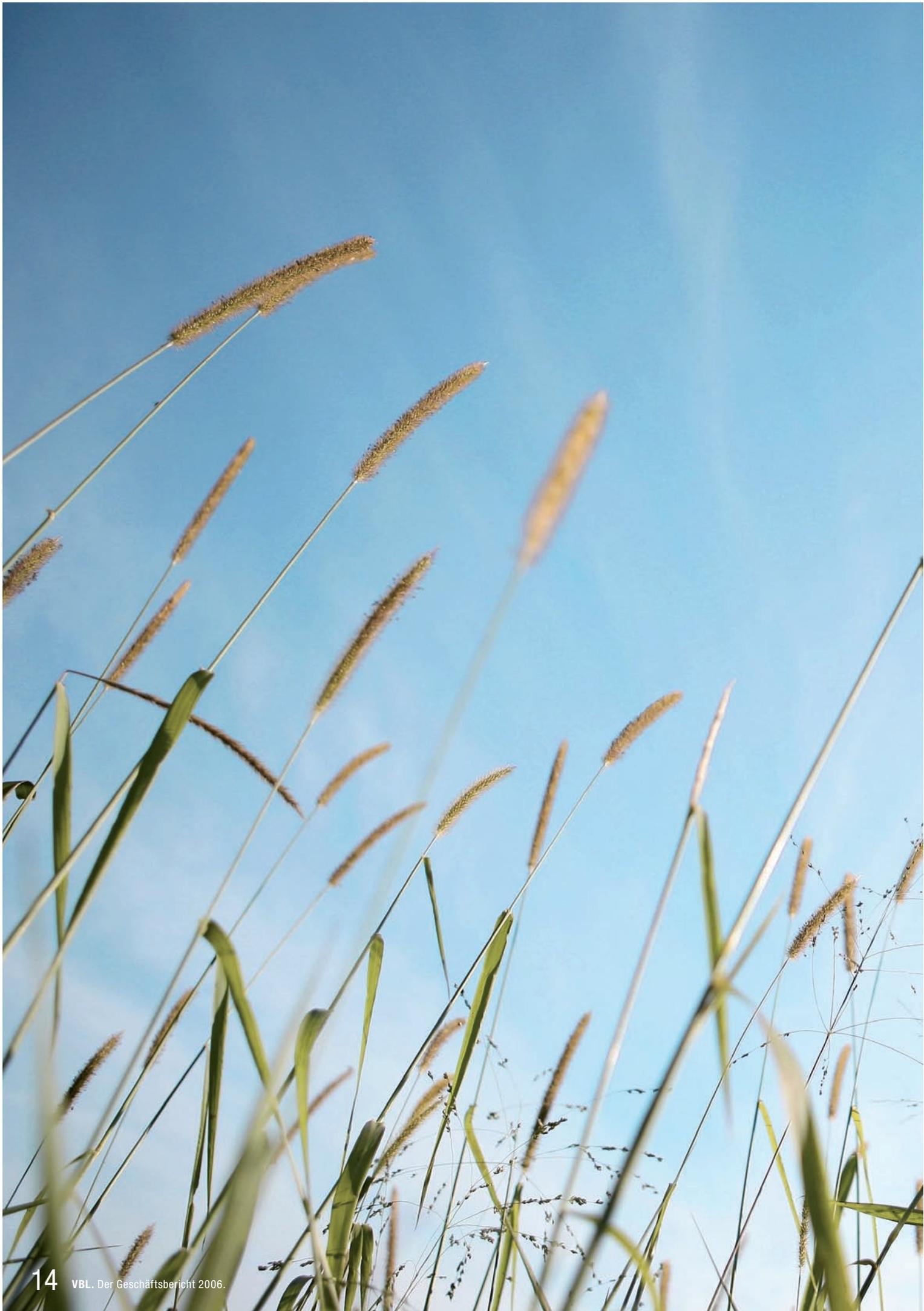


Er lässt aufbrechen zu neuen Ufern.

Lässt andere Sichtweisen entdecken.

Neue Erfahrungen gewinnen.

Ein frischer Wind weht bei der VBL.



Das Geschäftsjahr 2006 der VBL stand ganz im Zeichen von Neuerungen – Zum einen hat die VBL mit der im Projekt „VBL2005“ festgelegten Neuorganisation begonnen und damit den Wandel hin zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen gestartet. Gleichfalls bedeutsam war die Neuregelung über die Verteilung des Sanierungsgeldes und das Inkrafttreten des Tarifvertrages zur Entgeltumwandlung.

Überblick.

Im Jahr 2006 fanden fünf Vorstandssitzungen und drei Verwaltungsrats-sitzungen statt. Der gemeinsame Ausschuss des Vorstands und des Verwaltungsrats für Finanz- und Vermögensfragen tagte zweimal.

Die folgenden Ereignisse und Entwicklungen aus dem Geschäftsjahr 2006 sind besonders zu erwähnen:

Ein wichtiges Thema war auch in diesem Jahr die 7. Satzungsänderung und damit die Neuregelung über die Verteilung des Sanierungsgelds. Die bereits am 17. Juni 2005 vom Verwaltungsrat beschlossene 7. Satzungs-änderung wurde durch eine Härtefallregelung ergänzt. Diese hat der Ver-waltungsrat in seiner Sitzung vom 10. Oktober 2006 mit der 9. Satzungs-änderung beschlossen. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die mit der 7. Satzungsänderung beschlossene, belastungsge-rechte Verteilung des Sanierungsgelds bei einigen Beteiligten, die keiner Arbeitgebergruppe angehören, zu einer deutlichen Erhöhung der Aus-gaben führen kann. Die Härtefallregelung sieht nun für diese sonstigen Beteiligten unter bestimmten Voraussetzungen eine Beschränkung des Sanierungsgelds vor.

Genehmigung der 7. Satzungsänderung

Die Aufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 31. Oktober 2006 die 7. Satzungsänderung unter Berücksichtigung der Änderungen durch die 8. und 9. Satzungsänderung genehmigt. Mit diesen Neuregelungen wird eine höhere Finanzierungsgerechtigkeit in der Zusatzversorgung erreicht.

Neuausrichtung der Organisationsstruktur der VBL

Im Jahr 2005 wurde das Projekt „VBL2005“ ins Leben gerufen, um die VBL als modernes, kompetentes und leistungsfähiges Dienstleistungsunternehmen neu auszurichten. Das Jahr 2006 stand im Zeichen der Umsetzung dieses Projekts. Ziel war die Einführung einer einheitlichen Sachbearbeitung und Kundenbetreuung für alle Produkte der Pflichtversicherung und der Freiwilligen Versicherung. Mittlerweile sind die ablauf- und aufbauorganisatorische Neugestaltung, die Personalauswahl und die räumliche Umsetzung abgeschlossen. Die neuen Abteilungen Kundenmanagement (KM), Vertrags- und Leistungsmanagement (VM) und Infrastrukturdienste (IS) sind seit 1. Februar 2007 aktiv.

Kundenmanagement			Vertrags- und Leistungsmanagement				Infrastrukturmanagement	
Kundenbetreuung	Kundenberatung	Key-Account-Management	Sachbearbeitung		Kompetenzzentren	AG-Services		
Team 1	Team 1	Key-Account-Manager	Team 1	Spezialgruppe	AV-Zulage	Zahlungsverkehr	Meldung/Umlage	Archive
Team 2	Team 2	Key-Account-Service	Team..		Versorgungsausgleich	Produkttransfer	Gegenwert Beteiligungen	Datenerfassung Dokumentenmanagement
Team 3			Team 8					Poststelle/ Boten/ Schreibdienst

Die Abteilung Kundenmanagement ist für den unmittelbaren Kundenkontakt und den Kundenservice zuständig. In der zentralen Kundenbetreuung werden alle Anliegen unserer Versicherten und Rentner bearbeitet. Sie ist damit die direkte Anlaufstelle für telefonische und schriftliche Fragen zu allen Themen und Produkten der Zusatzversorgung. Dadurch wird eine schnelle, bedarfsbezogene und abschließende Bearbeitung sichergestellt. Für die Beantwortung schwieriger Fragen und für Beratungen bei den Arbeitgebern vor Ort stehen den Versicherten und den interessierten Arbeitgebern außerdem qualifizierte Kundenberater zur Verfügung. Das neue Key-Account-Management betreut zukünftig individuell und umfassend unsere Schlüsselkunden. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Beteiligten jederzeit ihren kompetenten Ansprechpartner kontaktieren können. Die Abteilung Vertrags- und Leistungsmanagement ist für die vertiefte Sachbearbeitung verantwortlich und bearbeitet in Kompetenzteams Spezialaufgaben. In der Abteilung IS sind die Infrastrukturaufgaben, wie z. B. Archiv, Scanning oder Poststelle, zusammengefasst.

Ein Meilenstein in der Freiwilligen Versicherung war das Inkrafttreten des Tarifvertrags zur Entgeltumwandlung für die Beschäftigten im Bereich der Länder (TV-EntgeltU-L) vom 12. Oktober 2006. Die Beschäftigten können nun ihre zusätzliche betriebliche Altersvorsorge im Wege der Entgeltumwandlung finanzieren. Sie verzichten auf Teile ihres Bruttoentgelts, um sie als Beiträge für die **VBL**extra oder die **VBL**dynamik zu verwenden. Die Entgeltumwandlung mindert bis zu einer bestimmten Grenze das steuer- und sozialversicherungspflichtige Einkommen. Damit sinken die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Beschäftigten. Wegen der notwendigen Vorlaufzeiten bei den Personal- und Besoldungsstellen der Arbeitgeber konnte die Entgeltumwandlung flächendeckend erst Anfang 2007 umgesetzt werden. Die VBL hat im Jahr 2006 alle notwendigen Vorbereitungen getroffen. Diese reichten von der Erarbeitung von Informationsmaterial über das Bereitstellen aktueller Angebotsrechner für das Internet bis zu intensiven Schulungen unserer Mitarbeiter.

Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung

Geschäftsentwicklung.

Pflichtversicherung.

Zum Jahresende 2006 waren neben dem Bund und den Ländern (außer Hamburg und dem Saarland) 1.706 kommunale Arbeitgeber, 89 Träger der Sozialversicherung sowie 3.598 sonstige Arbeitgeber beteiligt.

Beteiligte Arbeitgeber

Die VBL hat mit insgesamt 110 Arbeitgebern neue Beteiligungsvereinbarungen abgeschlossen. Dabei handelt es sich überwiegend um neu gegründete juristische Personen, die aus bereits beteiligten Arbeitgebern hervorgegangen sind. Werden mehrere Beteiligte zu einer neuen juristischen Person zusammengeschlossen, vermindert sich im Ergebnis die Anzahl der Beteiligten. Mit 6 Arbeitgebern wurden besondere Beteiligungsvereinbarungen nach dem Ausgliederungsmodell gemäß Absatz 3 der Ausführungsbestimmungen zu § 20 Abs. 3 VBL-Satzung vereinbart. Damit konnten bestehende Beteiligungen nach einer Privatisierung von Einrichtungen mit den neuen Arbeitgebern fortgesetzt werden.

Im Jahr 2006 beendeten 91 Arbeitgeber ihre Beteiligung. Davon haben 14 Arbeitgeber zum 31. Dezember 2006 gekündigt. Die anderen Beendigungen sind auf Fusionen oder Auflösungen zurückzuführen.

Beteiligte	2006 Anzahl	2005 Anzahl	Veränderung
Abrechnungsverband West*	5.180	5.170	+0,2 %
Abrechnungsverband Ost	272	262	+3,8 %
Gesamt	5.452	5.432	+0,4 %

**einschließlich der 44 Teilbeteiligungsvereinbarungen mit kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund der Verwaltungsreform Baden-Württemberg; die Pflichtversicherten sind dem Land Baden-Württemberg zugeordnet*

Um die aus den Beteiligungen hervorgegangenen Anwartschaften und Renten auszugleichen, zahlen alle ausgeschiedenen Arbeitgeber einen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Gegenwert. Dieser wird in das kapitalgedeckte Versorgungskonto II – Abrechnungsverband Gegenwerte – eingestellt.

Soweit in Zukunft verstärkt Aufgaben und Personal von den Ländern an Kommunen übertragen werden, die nicht Beteiligte der VBL sind, müssen für die sich daraus ergebenden finanziellen Risiken angemessene Lösungen gefunden werden.

Versicherte

Der Versichertenbestand stieg im Jahr 2006 insgesamt um 0,6 Prozent. Dabei sank die Zahl der Pflichtversicherten um 1 Prozent, während sich die Zahl der beitragsfrei Versicherten um 2 Prozent erhöhte. Der Rückgang der Pflichtversicherten ist auf den Personalabbau bei nahezu allen Beteiligten, aber auch auf die Beendigung von Beteiligungen zurückzuführen.

Versicherte	2006 Anzahl	2005 Anzahl	Veränderung
Abrechnungsverband West			
aktiv Versicherte	1.431.789	1.445.285	-0,9 %
beitragsfrei Versicherte	2.078.994	2.045.729	+1,6 %
	3.510.783	3.491.014	+0,6 %
Abrechnungsverband Ost			
aktiv Versicherte	376.102	381.613	-1,4 %
beitragsfrei Versicherte	177.923	166.471	+6,9 %
	554.025	548.084	+1,1 %
VBL – gesamt			
aktiv Versicherte	1.807.891	1.826.898	-1,0 %
beitragsfrei Versicherte	2.256.917	2.212.200	+2,0 %
Gesamt	4.064.808	4.039.098	+0,6 %

Das Durchschnittsalter aller Versicherten betrug 44,8 Jahre (Vorjahr: 44,5 Jahre).

Die Zahl der Rentner in der Pflichtversicherung hat im vergangenen Jahr um 1,6 Prozent zugenommen. Auffällig ist, dass sich die Zahl der Rentner im Abrechnungsverband Ost um 13,7 Prozent erhöht hat. Arbeitnehmer im Tarifgebiet Ost konnten erst ab 1. Januar 1997 versichert werden. Damit ist der Rentenbestand im Abrechnungsverband Ost noch im Aufbau begriffen. Er wird in den nächsten Jahren weiter stark ansteigen.

Rentner

Rentner	2006 Anzahl	2005 Anzahl	Veränderung
Abrechnungsverband West	1.000.203	993.541	+0,7 %
Abrechnungsverband Ost	82.099	72.222	+13,7 %
Gesamt	1.082.302	1.065.763	+1,6 %

Leistungen

Die insgesamt von der VBL erbrachten Rentenleistungen stiegen durch die erhöhte Zahl der Rentner sowie durch die jährliche Rentenanpassung um 1,4 Prozent an.

Im Durchschnitt betragen die Renten aus der Pflichtversicherung 387 € (Vorjahr: 386 €). Der durchschnittliche Zahlbetrag aller Renten einschließlich der Hinterbliebenenrenten und der Renten aus den beitragsfreien Versicherungen betrug 320 € (Vorjahr: 319 €).

Zum 1. Juli 2006 haben wir die Betriebsrenten satzungsgemäß um 1 Prozent erhöht. Dies führte zu einer Erhöhung der monatlichen Auszahlungen um rund 3,2 Millionen €.

Rentenleistungen	2006 Mio. €	2005 Mio. €	Veränderung
Versorgungskonto I			
Abrechnungsverband West	3.994,9	3.954,9	+1,0 %
Abrechnungsverband Ost	81,9	67,0	+22,3 %
Versorgungskonto II			
Abrechnungsverband Beiträge	1,0	0,5	+110,6 %
Abrechnungsverband Gegenwerte	62,3	60,8	+2,5 %
Gesamt	4.140,2	4.083,2	+1,4 %

Bearbeitung von Leistungsfällen

Im Berichtsjahr gingen 48.133 Rentneranträge ein (Vorjahr: 50.915). Das entspricht einem Rückgang um 5,5 Prozent. Gleichzeitig stieg das durchschnittliche Rentenzugangsalter von 60,1 im Vorjahr auf 60,8 Jahre an. Die Bearbeitungszeit lag bei rund 23 Tagen.

Krankenversicherung der Rentner, Pflegeversicherung

Die Gesamtsumme der im Berichtsjahr von der VBL an die Krankenkassen abgeführten KVdR-Beiträge belief sich auf rund 523 Millionen € (Vorjahr: rund 514 Millionen €). An Beiträgen zur Pflegeversicherung waren im Berichtsjahr insgesamt rund 61,6 Millionen € (Vorjahr: rund 60,7 Millionen €) abzuführen.

Freiwillige Versicherung.

Mit Inkrafttreten des Tarifvertrags zur Entgeltumwandlung für die Beschäftigten der Länder (TV-EntgeltU-L) wurde die Möglichkeit geschaffen, den Aufbau einer zusätzlichen freiwilligen betrieblichen Altersversorgung im Wege der Entgeltumwandlung zu finanzieren. Der Tarifvertrag sieht vor, dass die Entgeltumwandlung für die Pflichtversicherten der Länder bei der VBL durchzuführen ist. Dies stellt eine große Chance für die Freiwillige Versicherung dar. Mitte Dezember 2006 haben wir an die beteiligten Arbeitgeber ein „**VBL**spezial“ mit ausführlichen Informationen zum Thema Entgeltumwandlung versandt. Ab Januar 2007 wurde zum gleichen Thema eine Mailing-Aktion an rund 740.000 Arbeitnehmer gestartet.

[Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung](#)

Ende 2006 konnte die Freiwillige Versicherung einen Zuwachs an Versicherungsverträgen um 24 Prozent verzeichnen. Das Durchschnittsalter der Versicherten lag in der **VBL**extra bei 41,8 und in der **VBL**dynamik bei 41,6 Jahren.

[Versicherte](#)

Verträge	2006	2005	Veränderung
	Anzahl	Anzahl	
Von aktiv Versicherten	110.374	91.849	+20,2 %
Von beitragsfrei Versicherten	12.770	7.493	+70,4 %
Gesamt	123.144	99.342	+24,0 %

Am Ende des Berichtsjahres bezogen 371 Rentner monatliche Leistungen aus der **VBL**extra. Aus der **VBL**dynamik wurden noch keine Renten gezahlt.

[Rentner](#)

Die VBL zahlte im Jahr 2006 Leistungen aus der Freiwilligen Versicherung in Höhe von rund 500.000 € (einschließlich Todesfalleistungen und Abfindungen). Der durchschnittliche monatliche Rentenbetrag aus der **VBL**extra liegt wegen der bislang kurzen Laufzeit dieser Verträge derzeit bei 20,95 €.

[Leistungen](#)

Finanzierung.

Pflichtversicherung.

Einnahmen

Versorgungskonto I
Abrechnungsverband West

Im Abrechnungsverband West finanziert die VBL ihre Leistungen seit 1978 über ein modifiziertes Abschnittsdeckungsverfahren (Umlageverfahren). Der aktuelle Deckungsabschnitt umfasst die Jahre 2002 bis 2007. Der Umlagesatz ist so bemessen, dass die für die Dauer des Deckungsabschnitts zu entrichtende Umlage zusammen mit den übrigen zu erwartenden Einnahmen und dem verfügbaren Vermögen ausreicht, die Ausgaben während des Deckungsabschnitts sowie der sechs folgenden Monate zu erfüllen.

Seit 1. Januar 2002 beträgt der Umlagesatz 7,86 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Hinzu kommt ein Sanierungsgeld in Höhe von 2 Prozent aller im Jahr 2001 versicherten Entgelte, jährlich um 1 Prozent dynamisiert. Das Umlageaufkommen zuzüglich der Sanierungsgelder betrug rund 4.070 Millionen € (Vorjahr rund 3.980 Millionen €). Damit kann ein Anstieg von 2,3 Prozent verzeichnet werden.

Nachteilig wirkt sich die aufgrund der Tarifentwicklung unterbliebene Steigerung der Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus. Insoweit blieben die Einnahmen hinter den Erwartungen zurück.

Versorgungskonto I
Abrechnungsverband Ost

Seit 1. Januar 2004 beträgt der Umlagesatz 1 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts. Das Umlageaufkommen lag bei rund 154 Millionen € gegenüber rund 155 Millionen € im Vorjahr (Rückgang um 0,5 Prozent).

Versorgungskonto II
Abrechnungsverband Beitrag

Im Abrechnungsverband Ost wird die Finanzierung seit dem 1. Januar 2004 schrittweise auf ein kapitalgedecktes System umgestellt. Zu diesem Zweck werden neben der Umlage Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben. Den Beitrag in Höhe von 1 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte. Das Beitragsaufkommen betrug rund 126,0 Millionen € (Vorjahr: 117,6 Millionen €). Der Betrag enthält auch Altersvorsorgezulagenzahlungen der zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen (Riester-Förderung) in Höhe von rund 13 Millionen €.

Das Umlageaufkommen im Abrechnungsverband Ost ist höher als die Beitragseinnahmen im Abrechnungsverband West, obwohl für beide Abrechnungsverbände jeweils 1 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts aufgewendet wird. Der Unterschied ergibt sich aus den Pflichtversicherungen von Beschäftigten, die innerhalb ihres Arbeitgebers von einem Arbeitsplatz im Tarifgebiet West in das Tarifgebiet Ost wechseln. Soweit sich ihr zusatzversorgungspflichtiges Entgelt weiterhin nach für das Tarifgebiet West geltenden Tarifregelungen bemisst, gilt der Umlagesatz des Abrechnungsverbands West auch nach dem Wechsel in den Abrechnungsverband Ost fort (§ 64 Abs. 2 Satz 4 VBL-Satzung).

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden die über ihn angemeldeten Pflichtversicherungen beendet. Zur Finanzierung der hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche steht der VBL ein Anspruch auf Zahlung des versicherungsmathematischen Gegenwerts zu. Die Gegenwertzahlung ist erforderlich, weil im Umlageverfahren nur die laufenden Renten durch die monatlichen Umlagen finanziert werden. Im Gegensatz zum Kapitaldeckungsverfahren besteht kein Kapitalstock zur Finanzierung von Renten, die nach dem Ausscheiden eines Arbeitgebers von der VBL weiterhin an seine (ehemaligen) Arbeitnehmer zu zahlen sind. Die Einnahmen aus Gegenwertzahlungen beliefen sich im Jahr 2006 auf rund 283 Millionen € (Vorjahr: rund 269 Millionen €).

[Versorgungskonto II
 Abrechnungsverband Gegenwerte](#)

Die Finanzierung der Pflichtversicherung im Versorgungskonto I erfolgt im Umlageverfahren. Gleichwohl ist das Versorgungspunktemodell seit der Reform der Zusatzversorgung im Jahr 2001 auf ein kapitalgedecktes System ausgerichtet. Dementsprechend wird eine Leistung zugesagt, die sich ergeben würde, wenn 4 Prozent des Entgelts als Beitrag in ein kapitalgedecktes System eingezahlt worden wären. Da im Umlageverfahren zur Finanzierung dieser Leistung kein Kapitalstock aufgebaut und verzinslich angelegt wird, können sich keine tatsächlichen Überschüsse ergeben. Daher behilft man sich mit einer versicherungstechnischen Bilanz, bei der für die Berechnung von fiktiven Überschüssen die laufende Verzinsung der zehn nach der Bilanzsumme größten Pensionskassen unterstellt wird (§ 68 Abs. 2 VBLS). Diese ergibt sich aus dem zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Bilanz jeweils aktuellen Jahresbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Sie belief sich im Jahr 2004 auf 5,23 Prozent.

[Verwendung von Überschüssen
 aus dem Jahr 2005
 Versorgungskonto I
 Abrechnungsverbände
 West und Ost](#)

Für den Abrechnungsverband West ergab sich im Jahr 2005 ein rechnerischer Überschuss von 383,2 Millionen €. Im Abrechnungsverband Ost lag der Überschuss bei 54,3 Millionen €.

Der Verantwortliche Aktuar hat zur Verwendung des Überschusses vorgeschlagen, angesichts der bestehenden Risiken bei einer Zuteilung von Bonuspunkten sehr vorsichtig zu verfahren. Hintergrund ist, dass die VBL zur Finanzierung der Rentenleistungen in der Versicherungsphase eine Kapitalrendite von 3,25 Prozent und in der Rentenbezugsphase von 5,25 Prozent zuzüglich 1 Prozent zur Finanzierung der jährlichen Rentenanpassung zu erwirtschaften hat. Aus diesem Grunde und wegen der notwendigen Finanzierung von sozialen Komponenten muss nach den Berechnungen des Verantwortlichen Aktuars für einen heutigen Anwärter über die gesamte Versicherungs- und Rentenlaufzeit eine durchschnittliche Verzinsung von mindestens 5 Prozent erzielt werden. Das ist in der gegenwärtigen Kapitalmarktsituation eine große Herausforderung.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 30. November 2006 beschlossen, für die Abrechnungsverbände West und Ost jeweils Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2005 insgesamt erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

Über die Verteilung der für 2004 ermittelten rechnerischen Überschüsse war bisher nicht entschieden worden. Sie sind deshalb in die Rückstellung für Überschussverteilung eingeflossen. Mit dem Beschluss über die Zuteilung der Überschüsse für das Geschäftsjahr 2005 wurde auch die Frage der Verwendung der Überschüsse für das Jahr 2004 umfasst.

Versorgungskonto II Abrechnungsverband Beitrag

Für den Abrechnungsverband Beitrag (Ost) ergab sich im Jahr 2005 ein Überschuss von 1,5 Millionen €. Der Abrechnungsverband besteht erst seit 2004. Eine Prognose für eine dauerhafte Erzielung von Überschüssen ist derzeit noch nicht möglich. Außerdem ist in dem kapitalgedeckten Abrechnungsverband zur Deckung von Fehlbeträgen und

zur Sicherung der Anwartschaften und Ansprüche eine Verlustrücklage aufzubauen. Hierzu sind mindestens 5 Prozent des ermittelten Überschusses der Verlustrücklage zuzuführen, bis sie eine Höhe von 10 Prozent der Deckungsrückstellung erreicht hat. Aus Vorsichtsgründen hat der Verwaltungsrat in seiner Sitzung vom 30. November 2006 beschlossen, im Abrechnungsverband Beitrag für das Geschäftsjahr 2005 keine Bonuspunkte zuzuteilen.

Im Abrechnungsverband Gegenwerte wurde im Jahr 2005 ein Überschuss von 10,2 Millionen € erwirtschaftet. Im Wesentlichen stammen die Überschüsse aus den Kapitalerträgen. Eine zusätzliche finanzielle Sicherheit schafft hier die gut dotierte Verlustrücklage. Zur Risikoabsicherung hat der Verantwortliche Aktuar aber auch für diesen Abrechnungsverband eine sehr maßvolle Überschussverteilung empfohlen. Der Verwaltungsrat hat deshalb beschlossen, für den Abrechnungsverband Gegenwerte Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2005 erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen.

Versorgungskonto II
 Abrechnungsverband Gegenwerte

Die fiktive versicherungstechnische Bilanz für das Geschäftsjahr 2006 ergab im Abrechnungsverband West einen errechneten Überschuss von rund 356 Millionen €. Im Abrechnungsverband Ost lag der errechnete Überschuss bei rund 76 Millionen €. Bei der Berechnung der Überschüsse wurde die sich aus dem Jahresbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für das Jahr 2005 ergebende laufende Verzinsung der nach der Bilanzsumme zehn größten Pensionskassen von 4,75 Prozent unterstellt.

Überschüsse für das Jahr 2006
 Versorgungskonto I

Aus den im Jahr 2006 geleisteten Beiträgen zum kapitalgedeckten Abrechnungsverband Beitrag (Ost) wurde ein Bilanzgewinn von rund 1,4 Millionen € erwirtschaftet. Im kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte erzielte die VBL einen Bilanzgewinn von rund 2 Millionen €.

Versorgungskonto II

Einnahmen

Freiwillige Versicherung.

Die Beitragseinnahmen haben sich um 42,8 Prozent auf etwa 78,2 Millionen € erhöht. Dies ist insbesondere auf das positive Neugeschäft zurückzuführen.

Einnahmen	2006	2005	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
VBLextra	72.194	50.227	+43,7 %
VBLdynamik	6.031	4.547	+32,6 %
Gesamt	78.225	54.774	+42,8 %

Verwendung von Überschüssen aus dem Jahr 2005

Überschüsse werden jährlich zum Jahresende für das vorangegangene Jahr festgestellt. Ende des Jahres 2006 entschied der Verwaltungsrat über die Verwendung von Überschüssen, die im Jahr 2005 auf der Grundlage der versicherungstechnischen Bilanz ermittelt wurden.

VBLextra

Für die **VBLextra** hat der Verantwortliche Aktuar einen Rohüberschuss von rund 2,9 Millionen € ermittelt. Von diesem Rohüberschuss wurden 2,6 Millionen € zur Stärkung der Verlustrücklage verwendet. Die Verlustrücklage ist Teil der Eigenmittelausstattung und dient der Deckung von Fehlbeträgen. Versicherungsaufsichtsrechtlich ist die VBL verpflichtet, die Eigenmittel bis September 2010 bis zur Höhe der Soll-Solvabilität aufzubauen.

Der verbleibende Überschuss wurde der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt. Diese dient in erster Linie der Verbesserung der Leistungen. Das Kapital kann für eine spätere Überschussverteilung an Versicherte und Rentner verwendet werden.

In der **VBLextra** können Rentner, die ihren Vertrag ab dem 1. Januar 2004 abgeschlossen haben, einen Gewinnzuschlag von bis zu 20 Prozent erhalten. Der Verwaltungsrat hat auf Empfehlung des Verantwortlichen Aktuars beschlossen, bis zum 31. Dezember 2007 den Gewinnzuschlag in Höhe von 20 Prozent zu leisten. Im Übrigen wird der in der Rückstellung für Überschussbeteiligung verbleibende Betrag auf das Folgejahr vorgetragen.

Für die **VBL**dynamik hat der Verantwortliche Aktuar einen Rohüberschuss von rund 245.000 € ermittelt. 5 Prozent dieses Gewinns wurden der Verlustrücklage zugeführt. Der verbleibende Gewinn wurde der Rückstellung für die Überschussbeteiligung zugeführt.

VBLdynamik

Die versicherungstechnische Bilanz für das Geschäftsjahr 2006 ergab für die **VBL**extra einen Rohüberschuss von rund 4,6 Millionen €.

Überschüsse für das Jahr 2006

Für die **VBL**dynamik wurde ein Rohüberschuss von rund 162.000 € erwirtschaftet.

Ertragslage der Gesamt-VBL.

Aufwendungen und Erträge	2006	2005	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Erträge			
Umlagen, Beiträge ¹	4.452,1	4.349,3	+2,4 %
Kapitalerträge	550,9	544,8	+1,1 %
¹ einschließlich Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge sowie Überleitungen	5.003,0	4.894,1	+2,2 %
Aufwendungen			
Leistungen ²	4.165,6	4.117,5	+1,2 %
Kapitalaufwendungen	138,6	75,0	+84,8 %
² Zahlungen für Leistungen einschließlich Überleitungen	4.304,2	4.192,5	+2,7 %
Saldo der übrigen Aufwendungen und Erträge	-223,2	-259,6	-14,0 %
Jahresüberschuss	475,6	442,0	+7,6 %

Kapitalanlagen

Vermögensanlagen.

Das zur Kapitalanlage zur Verfügung stehende Vermögen, einschließlich der Guthaben auf Geldmarktkonten, erhöhte sich im Jahr 2006 um 7,6 Prozent auf rund 11,2 Milliarden €.

Insgesamt konnte die VBL im Berichtsjahr von der positiven Entwicklung an den Aktienmärkten profitieren. Für Neuanlagen im Bereich der festverzinslichen Anlagen mit sehr guter Bonität liegen die zu erzielenden Renditen allerdings weiter deutlich unterhalb des Durchschnitts der vergangenen 30 Jahre.

	2006	2005	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	
Kapitalanlagen			
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, Bauten	319,4	279,1	+14,4 %
Beteiligungen	65,8	65,8	0,0 %
sonstige Kapitalanlagen	7.667,3	8.925,9	-14,1 %
	8.052,5	9.270,8	-13,1 %
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten			
Geldmarktkonten	3.134,2	1.121,2	+179,5 %
Gesamt	11.186,7	10.392,0	+7,6 %

Neuanlagen

Die verfügbaren Mittel haben wir überwiegend in Investmentfonds und im Direktanlagenbestand in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen von Emittenten guter bis sehr guter Bonität investiert. Zur Sicherung der monatlichen Rentenzahlungen lag ein weiterer Schwerpunkt der Vermögensanlage bei den kurzfristigen Geldanlagen.

Im Investmentfondsbereich wurden Spezialfondsmandate und Spezialfondssegmente im Rahmen von Master-Kapitalanlagegesellschaften aufgestockt oder neu dotiert. Teilweise wurden auch Spezialfondsanteile und Anteile an Spezialfondssegmenten zurückgegeben. Auftrag der Fondsmanager ist es, die mit ihnen vereinbarten Benchmarks unter Einhalten von Risikovorgaben zu übertreffen.

Derivate Finanzinstrumente nutzen wir zur Absicherung und Steuerung des Zinsrisikos. Zu diesem Zweck haben wir im Direktanlagebestand Zinssatzswaps eingesetzt.

Derivate

Die Kapitalanlage in Immobilien findet durch Immobilien-Direktanlagen sowie durch Engagements in Immobilien-Spezialfonds statt. Die Direktanlage beschränkt sich im Wesentlichen auf den Bereich der Wohnungswirtschaft und der Sozialimmobilien in Deutschland. Zur besseren Risikostreuung wird über Immobilien-Spezialfonds in andere Segmente und Länder investiert.

Immobilien

Die VBL hält zum 31.12.2006 insgesamt 297 Objekte mit 14.168 Wohnungen und 566 Gewerbeeinheiten. Insgesamt werden rund 975.228 m² Wohn- und Nutzfläche bewirtschaftet.

Bei der neuen strategischen Ausrichtung des Immobilienbestandes wurden im abgelaufenen Jahr starke Akzente gesetzt. Mit der Veräußerung weniger rentabler Objekte wurde der für die effektive und kostengünstige Verwaltung ungünstige Streubesitz reduziert. Außerdem soll der Immobilienbestand an Standorten konzentriert werden, die auch zukünftig eine positive Entwicklung und damit eine nachhaltige Rendite und Wertentwicklung versprechen. Mit Investitionen soll die nicht optimale Altersstruktur der vorhandenen Immobilien zugunsten einer besseren Durchmischung des Bestandes verändert werden.

Mit der Fertigstellung und Einführung des Portfoliomanagementsystems haben wir die verfügbare Datenbasis über Immobilien und Standorte erweitert. Dies versetzt die Mitarbeiter in die Lage, die Steuerung des Bestandes auf einer fundierten Datenbasis noch effektiver durchzuführen.

Arbeitgeberbetreuung und Kundenservice.

Herbsttagungen

Aufgrund der positiven Resonanz im Jahr 2005 haben wir auch im vergangenen Jahr von Anfang September bis Anfang November an sieben verschiedenen, zentral gelegenen Städten die VBL-Herbsttagungen für Arbeitgeber durchgeführt. Thema waren die wesentlichen Grundzüge der Pflichtversicherung, die Finanzierung mit dem Schwerpunkt Sanierungsgeld und die Freiwillige Versicherung. Die Veranstaltungen stießen wieder auf großes Interesse und waren innerhalb kurzer Zeit ausgebucht. Insgesamt besuchten über 1.200 Teilnehmer von etwa 700 verschiedenen Arbeitgebern die Veranstaltungen. Die Herbsttagungen fanden sowohl hinsichtlich Organisation und Durchführung als auch hinsichtlich der Inhalte großen Anklang.

Weitere Veranstaltungen

Die VBL hat für die Pflichtversicherung 57 zum Teil mehrtägige Informationsveranstaltungen für etwa 1.800 Lohn-, Gehalts- und Personalsachbearbeiter der beteiligten Arbeitgeber durchgeführt. Zu den Freiwilligen Versicherungen **VBL**extra und **VBL**dynamik haben wir bei ca. 80 Arbeitgebern Informationsveranstaltungen durchgeführt, an denen rund 3.500 Beschäftigte teilnahmen. Neben der Vorstellung der Produkte stand hier besonders die Information über die Möglichkeiten der steuerlichen Förderung (Riester-Förderung, Entgeltumwandlung) beim Aufbau einer zusätzlichen betrieblichen Altersvorsorge im Vordergrund.

Arbeitgeberbefragung

Ende 2006 haben wir gemeinsam mit einem unabhängigen Forschungsinstitut eine repräsentative Befragung unter etwa 800 beteiligten Arbeitgebern durchgeführt. Nachdem ein Jahr zuvor bereits die Versicherten befragt worden waren, wollte die VBL nun von den Personalabteilungen, Gehaltsabrechnungsstellen und Geschäftsführungen wissen, wie sie die VBL einschätzen.

In puncto Seriosität und Fachlichkeit hat die VBL gut abgeschnitten. Kompetenz in Rentenfragen und gute Beratung durch die Mitarbeiter der VBL bescheinigen rund 80 Prozent der an der Umfrage Beteiligten. Dass diese dabei auch sehr freundlich und serviceorientiert sind, meint ebenfalls die überwältigende Mehrheit. Trotzdem gilt die Zusatzversorgung noch immer als sehr zurückhaltend in ihrem Marktauftritt. Zwei Drittel der Befragten wünschen sich, dass die VBL stärker mit ihnen in Kontakt bleibt – sei es über Internet, E-Mail oder Telefon. Hinsichtlich der Bekanntheit der Freiwilligen Versicherung ergab die Umfrage Defizite. Mehr als ein Drittel der Fachleute aus Personalabteilungen kannte die Leistungen nicht oder nur dem Namen nach. Bei den Versicherten selbst hatte die Umfrage im Jahr zuvor ähnliche Ergebnisse gezeigt. Dass die Leistungen der VBL in der Freiwilligen Versicherung gut sind, bescheinigten rund 60 Prozent der Befragten.

Unsere zentrale Kundenbetreuung beantwortet Versicherten und Rentnern alle Fragen zur Pflichtversicherung und zur Freiwilligen Versicherung. Wir stehen montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 16:30 Uhr und am Donnerstag von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr für telefonische Auskünfte und Beratungen zur Verfügung. In stark frequentierten Zeiten arbeitet die VBL mit einem externen Callcenter zusammen, um alle Anfragen zeitnah beantworten zu können.

Kundenservice

Qualifizierte Kundenberater beantworten die Fragen interessierter Arbeitgeber auch gerne vor Ort. Im Jahr 2006 haben wir die Einführung unseres neuen Servicekonzepts vorbereitet. Seit Anfang 2007 betreut das Key-Account-Management individuell und umfassend unsere Schlüsselkunden. Arbeitgeberanfragen können somit zeitnah und kompetent beantwortet werden.

Zu aktuellen Themen informieren wir regelmäßig über **VBL**infos, per E-Mail über unseren **VBL**newsletter und auf unserer Internetseite www.vbl.de.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die VBL beschäftigte zum Jahresende 883 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 950), davon sind

- 127 Teilzeitbeschäftigte,
- 81 Altersteilzeitbeschäftigte und
- 36 Angestellte in zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen.

Der Personalbestand wurde im vergangenen Jahr deutlich verringert. Der Rückgang ist überwiegend auf die Beendigung von Arbeitsverhältnissen zurückzuführen, die wegen der geplanten Umstrukturierungen mit Befristungen versehen waren. Mit dem derzeitigen Personalbestand liegen wir wieder leicht unterhalb der Beschäftigtenzahl zum Zeitpunkt der Systemumstellung Ende 2001 (887 Beschäftigte). Mit neuen Mitarbeitern werden weiterhin verstärkt befristete Arbeitsverträge abgeschlossen, um den Personalbestand auch in Zukunft flexibel an den künftigen Bedarf anpassen zu können.

Ein wichtiges Thema der Personalverwaltung war die Personalauswahl im Rahmen des Projekts „**VBL2005**“. Das Konzept sieht eine stärkere Betonung von Teamstrukturen und des internen und externen Dienstleistungsgedankens vor. Für die Personalauswahl wurde die Eignung der Bewerber in einem Assessmentverfahren mit verschiedenen Elementen (Gruppenszenarien, Präsentationen, Fallanalysen und -simulationen) geprüft. Die ausgewählten Mitarbeiter wurden in einer Intensivschulung auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet. Bestandteil der Schulung war auch eine Auswertung, in der die Kandidatinnen und Kandidaten nach ihren Stärken und ihren Entwicklungspotenzialen beurteilt wurden. Nach den daraus gewonnenen Erkenntnissen werden weitere Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen individuell für die Mitarbeiter zusammengestellt.

Organisation und Informationstechnik – IT –.

Die IT wird völlig neu gestaltet und auf die Serviceorientierung der VBL ausgerichtet. Mit der Umsetzung wurde im Jahr 2005 begonnen. Die Abteilung IT wurde in die Bereiche Organisationsmanagement, Anwendungsentwicklung und IT-Infrastruktur gegliedert. Jeder Bereich bildet ein internes Servicecenter.

Untersuchungen in der Vergangenheit hatten ergeben, dass die IT der VBL komplett neu zu gestalten ist und die Altsysteme nicht als Basissystem erhalten werden können. Nach einer Auswertung der Möglichkeiten und Risiken der IT-Umstellung fiel die Entscheidung für den Einsatz der SAP-Software. Mit SAP können über 70 Prozent der funktionalen Anforderungen der VBL abgedeckt werden. Diese Lösung ist kostengünstiger und schneller umzusetzen als die Entwicklung eines individuellen Systems. Die Gestaltung der neuen IT-Welt erfolgt in dem Großprojekt „Phoenix“ stufenweise bis Ende 2009.

IT-Neuausrichtung

Die neue Softwarearchitektur erfordert auch eine neue Infrastruktur. Die zukünftigen Basiskomponenten bilden bezogen auf die SAP-Software das Betriebssystem Linux und die Datenbank DB2 UDB. Alle Anwendungen werden nun auf einem Bladesystem betrieben. Zur Stabilität der Verfahren und um eine hohe Verfügbarkeit zu gewährleisten, gibt es neben dem primären Bladecenter im Rechenzentrum ein Backup Bladecenter in einem anderen Gebäudekomplex der VBL. Alle Daten sind gespiegelt und in beiden Rechenzentren vorhanden.

Das größte Projekt im Bereich der Infrastruktur ist das Host-Outsourcing. Der IBM Z/OS Host spielt in der VBL für die neue IT keine Rolle mehr und wird mit dem endgültigen Übergang abgeschaltet. Diese Maßnahme führt dazu, dass die Investitionen in Sicherheit und Ausbildung wegfallen. Die Ausgliederung bis zur endgültigen Umsetzung der neuen IT erfolgt, weil der laufende Betrieb extern preiswerter und sicherer durchgeführt werden kann als intern.

Projekte im aktuellen Anwendungssystem

Obwohl der Fokus auf der Neuausrichtung lag, waren eine Reihe von Projekten noch mit den derzeit aktuellen Anwendungssystemen durchzuführen, z. B.

- die Erstellung der Versicherungsnachweise,
- die Erstellung der „Altersvorsorge-Zulagepakete Ost“,
- die Rentenanpassung im Juli 2006,
- die Sanierungsgeldberechnungen,
- die Ermittlung von Gegenwerten und
- die Anrechnung von Versicherungszeiten bei anderen Zusatzversorgungskassen.

Daneben wurden mehrere Mailing-Aktionen zu verschiedenen Themen durchgeführt. Zur Unterstützung der Aktion „Entgeltumwandlung der Länder“ wurden für die Kundenbetreuung und im Internet neue Systeme auf Java-Basis bereitgestellt. Damit ist gewährleistet, dass diese Komponenten auch in den Folgejahren genutzt werden können.

Zentrales Anforderungsmanagement

Im Rahmen der IT-Neuorganisation wurden die Aufgaben eines zentralen Anforderungsmanagements (ZAM) in das Organisationsmanagement integriert. Das ZAM übernimmt als Serviceeinheit die zentrale Abwicklung aller Anforderungen und Aufträge mit Projektcharakter für die ganze VBL.

Rechtliche Rahmenbedingungen.

Satzungsänderungen.

Mit der 7. Satzungsänderung, die bereits am 17. Juni 2005 beschlossen worden war, wurde die Verteilung des Sanierungsgeldes neu geregelt. Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat die 7. Satzungsänderung unter Berücksichtigung der Änderungen durch die 8. und 9. Satzungsänderung mit Schreiben vom 31. Oktober 2006 genehmigt.

7. Satzungsänderung

Mit der 8. Satzungsänderung, beschlossen am 5. Dezember 2005, wurden weitere Änderungen, die sich aus dem Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und anderer Gesetze vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3416 ff.) ergeben, in der Satzung sowie den Allgemeinen Versicherungsbedingungen der **VBL**extra und der **VBL**dynamik umgesetzt. Danach wurde der Abrechnungsverband der Freiwilligen Versicherung der Aufsicht nach dem VAG (§ 1a Abs. 2 VAG) und damit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) unterstellt. Das Bundesministerium der Finanzen führt weiterhin die Aufsicht über die VBL als solche, die Pflichtversicherung sowie die damit zusammenhängenden Bereiche. Daneben enthält die 8. Satzungsänderung einige redaktionelle Änderungen, z. B. zur Sanierungsgeldregelung der 7. Satzungsänderung.

8. Satzungsänderung

Das BMF hat als Aufsichtsbehörde mit Schreiben vom 23. März 2006 die 8. Satzungsänderung, soweit sie die Pflichtversicherung betrifft, genehmigt. Die redaktionellen Klarstellungen zur Sanierungsgeldregelung wurden gleichzeitig mit der 7. Satzungsänderung genehmigt.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung vom 10. Oktober 2006 mit der 9. Satzungsänderung eine Härtefallregelung für die Berechnung des Sanierungsgelds beschlossen. Für sonstige Beteiligte, die keiner Arbeitgebergruppe angehören, wird das Sanierungsgeld unter bestimmten Voraussetzungen zunächst auf das 2-fache des nach den bisherigen Regelungen berechneten Sanierungsgelds beschränkt. Die Begrenzung erhöht sich stufenweise auf das 2,5-fache ab dem Jahr 2009 und das 3-fache ab dem Jahr 2012. Die Härtefallregelung findet ohne Ausnahme auf sonstige Beteiligte mit weniger als 20 Pflichtversicherten Anwendung. Bei sonstigen Arbeitgebern mit 20 und mehr Pflichtversicherten entscheidet der Vorstand auf Antrag des Beteiligten über die Anwendung der Härtefallregelung.

9. Satzungsänderung

Die Genehmigung erfolgte mit der Genehmigung der 7. Satzungsänderung durch das BMF mit Schreiben vom 31. Oktober 2006.

Verfahren vor den staatlichen Gerichten

Gerichtliche Entscheidungen.

Im Berichtszeitraum waren vor dem Amtsgericht 108 Klagen und vor dem Landgericht 102 Klagen erhoben worden. Zum 31. Dezember 2006 waren insgesamt 2.467 Verfahren vor den staatlichen Gerichten anhängig.

Das Amtsgericht hat 92 Klagen, das Landgericht 68 Klagen und 10 Berufungen gegen die VBL abgewiesen. Stattgegeben hat das Amtsgericht in 5 Klagen, das Landgericht in 85 Klagen und 8 Berufungen.

Die stattgebenden Urteile betrafen Klagen gegen Startgutschriften aus Anlass der Neuordnung der Zusatzversorgung für sogenannte rentenferne Pflichtversicherte. Das sind insbesondere Pflichtversicherte, die zum 1. Januar 2002 das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Das Landgericht hält an seiner bisherigen Rechtsprechung fest. Danach habe die VBL bei Eintritt des Versicherungsfalles eine Vergleichsberechnung der Zusatzrente nach der Satzung in der Fassung der 41. Satzungsänderung auf den Umstellungszeitpunkt 31. Dezember 2001 und auf den Zeitpunkt des Versicherungsfalles vorzunehmen. Der niedrigere Betrag von beiden sei mindestens als Betriebsrente bei Eintritt des Versicherungsfalles zu leisten. Die VBL hat in allen Fällen Berufung zum Oberlandesgericht Karlsruhe oder Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt.

Vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe waren zum Jahresende 280 Berufungsverfahren und beim Bundesgerichtshof 201 Revisionen anhängig, die im Wesentlichen die bereits genannten Klagen gegen die Startgutschriften betreffen.

Verfahren vor den Schiedsgerichten

Im Jahr 2006 war ein Neuzugang von 428 Klagen zum Schiedsgericht zu verzeichnen, was zu einem Gesamtbestand von 5.119 Verfahren geführt hat. Der überwiegende Teil richtet sich gegen Startgutschriften und dient nur der Fristwahrung. In diesen Fällen wurde mit der Eingangsbestätigung auf die gemeinsame Erklärung der Tarifvertragsparteien vom 12. März 2003 hingewiesen und angeregt, das Klageverfahren bis zum Vorliegen einer höchstrichterlichen Grundsatzentscheidung zurückzustellen. Die Mehrzahl der Kläger war mit dieser Verfahrensweise einverstanden. Zum 31. Dezember 2006 waren 206 Klagen beim Schiedsgericht und 37 Berufungen beim Oberschiedsgericht, die nicht zum Ruhen gebracht worden waren, anhängig.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat am 7. Dezember 2006 in 11 Berufungsurteilen die Rechtmäßigkeit der Startgutschriften für rentennahe Pflichtversicherte bestätigt. Das Urteil hat Bedeutung für rund 200.000 Versicherte der VBL.

Startgutschriften für rentennahe Pflichtversicherte

Aufgrund des von den Tarifvertragsparteien vereinbarten Systemwechsels in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes hat die VBL die bestehenden Rentenanwartschaften der Versicherten zum 31. Dezember 2001 wertmäßig festgestellt und als Startgutschriften in das neue Versorgungspunktemodell übertragen. Für rentennahe Pflichtversicherte wurden die Startgutschriften in enger Anlehnung an die Berechnung der Versorgungsrente nach dem früheren Gesamtversorgungssystem ermittelt. Zu den rentennahen Jahrgängen gehören Beschäftigte, für die der Umlagesatz des Abrechnungsverbandes West maßgeblich ist und die am 1. Januar 2002 das 55. Lebensjahr vollendet hatten. Rentennahe Versicherte sind auch Pflichtversicherte, die am 31. Dezember 2001 das 52. Lebensjahr vollendet haben und die Voraussetzungen für eine Rente für schwerbehinderte Menschen erfüllen würden, sowie diejenigen, die vor dem 14. November 2001 Altersteilzeit oder Vorruhestand vereinbart haben.

Dem Gericht lagen alle genannten Fallgruppen der rentennahen Jahrgänge zur Entscheidung vor; in einigen Fällen war bereits der Versicherungsfall eingetreten. Nach umfangreicher Prüfung eines möglichen Eingriffs in erdiente Rentenanwartschaften kam das OLG zum Ergebnis, dass die angegriffenen Regelungen für die rentennahen Jahrgänge nicht gegen höherrangiges Recht verstoßen. Insgesamt verletzen die Besitzstandsregelungen für die rentennahen Jahrgänge weder den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit noch des Vertrauensschutzes; sie sind auch mit dem Gleichheitssatz vereinbar.

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteil vom 20. September 2006 (IV ZR 100/02) in einem Fall entschieden, dass die Einkommensanrechnung bei Hinterbliebenenrenten nach § 41 Abs. 5 VBLS, die zu einem vollständigen Ruhen der Betriebsrente führt, gegen Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt.

Einkommensanrechnung bei Hinterbliebenenrenten

Der Kläger hat Anspruch auf eine Betriebsrente für Hinterbliebene aus der Versicherung seiner verstorbenen Ehefrau. Seit 1. März 2003 ruhte die Betriebsrente nach § 41 Abs. 5 VBLS in voller Höhe. Vor dem Amts- und Landgericht Karlsruhe unterlag der Kläger mit seiner hiergegen gerichteten Klage. Der BGH hielt die Revision für begründet und verurteilte die VBL, dem Kläger eine Witwerrente ohne Anwendung des § 41 Abs. 5 VBLS zu zahlen.

Im Wesentlichen stützt der BGH seine Entscheidung auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 46, 97 ff.) über das Zusammentreffen von zwei Versorgungsansprüchen beim überlebenden Ehegatten. Sind die Bezüge von beiden Ehegatten gemeinsam erdient worden, gebiete es der allgemeine Gleichheitssatz, dem überlebenden Ehegatten wenigstens einen Rest des erdienten Rentenanspruchs zu belassen. Im Unterschied zu der Hinterbliebenenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung handele es sich bei der Betriebsrente der VBL nicht um Unterhalts-, sondern um Lohnersatz. Der Entgeltcharakter verbiete es, dass eine Witwerrente durch eine Einkommensanrechnung auf Dauer zum Ruhen gebracht werde. Die Tarifpartner müssten der Unterscheidung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung tragen.

Laufende Verfahren.

Verfahren gegen Sanierungsgelder

Bereits vor dem Beschluss des Verwaltungsrats über die 7. Satzungsänderung im Jahr 2005 ist bei der VBL eine als Pilotverfahren konzipierte Klage gegen die bisherige Verteilung des Sanierungsgelds auf die Beteiligten eingegangen. Unter Hinweis auf die mit der 7. Satzungsänderung voraussichtlich verbundene Erledigung der Klage haben die Anwälte der Gegenseite im Einvernehmen mit der VBL das Ruhen des Verfahrens beantragt. Ende des Jahres 2005 hatten sich etwa 1.700 Beteiligte auf die Klage berufen und ebenfalls eine Rückzahlung angeblich zu viel gezahlter Sanierungsgelder seit 2002 beantragt. Um eine große Anzahl von Einzelklagen zu vermeiden, hat die VBL zunächst auf die Einrede der

Verjährung verzichtet. Anders als ursprünglich angenommen wurde die Klage nach der Genehmigung der 7. Satzungsänderung im Oktober 2006 aufrechterhalten. Die VBL hat Anfang 2007 mit etwa 2000 Beteiligten eine Prozessvereinbarung abgeschlossen.

Wie bereits im letzten Jahr berichtet, haben eine Reihe von ausgeschiedenen Beteiligten aus dem Bereich der Sozialversicherungsträger die Berechnung des Gegenwerts unter Anwendung der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Neuregelungen des § 23 VBLS beanstandet. Da die Arbeitgeber nur Abschlagszahlungen geleistet haben, hat die VBL in drei Fällen Zahlungsklage eingereicht. Um eine Vielzahl von Einzelprozessen zu vermeiden, wurden mit 40 Arbeitgebern Musterprozessvereinbarungen abgeschlossen. Im Oktober 2006 hat in einem Verfahren eine erste mündliche Verhandlung vor dem Landgericht Karlsruhe stattgefunden. Wann mit einer Entscheidung gerechnet werden kann, ist nicht bekannt.

Gegenwertprozesse

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 30. November 2006 beschlossen, in der Pflichtversicherung für die umlagefinanzierten Abrechnungsverbände West und Ost sowie für den kapitalgedeckten Abrechnungsverband Gegenwerte Bonuspunkte zu vergeben. Ungeachtet dieser Entscheidung hat die VBL eine große Anzahl von Beanstandungen der Versicherungsnachweise 2004 und 2005 der **VBL**klassik erhalten. Hinsichtlich der Vergabe von Bonuspunkten wurden bereits Klagen erhoben. Um weitere Klagen zu vermeiden, hat sich die VBL aufgrund des Verwaltungsratsbeschlusses vom 30. November 2006 bereit erklärt, in der Frage der Bonuspunkte auf die Einhaltung der sechsmonatigen Ausschlussfrist für die Beanstandung der Versicherungsnachweise für 2004 und 2005 sowie auf die Einrede der Verjährung zu verzichten. Sobald die Rechtslage durch eine rechtskräftige höchstrichterliche Entscheidung geklärt ist und die Gremien der VBL sich damit befasst haben, wird die VBL unaufgefordert auf die Angelegenheit zurückkommen und die Versicherten informieren.

Bonuspunkte

Risikomanagement, Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung.

Ein funktionierendes Risikomanagement dient nicht nur der Früherkennung möglicher negativer Entwicklungen der wirtschaftlichen Lage, sondern auch der Früherkennung von Chancen, die genutzt werden sollten.

Um eine Früherkennung und Steuerung von Risiken zu gewährleisten, ist es Aufgabe der Fachbereiche, aktuelle Entwicklungen zu verfolgen, den hauptamtlichen Vorstand über anstehende Änderungen frühzeitig zu unterrichten und Reaktionsmöglichkeiten vorzuschlagen. Dies betrifft anstehende Änderungen in der Gesetzgebung ebenso wie erforderliche organisatorische Maßnahmen oder die Entwicklung der Kapitalanlagen.

Risikomanagement Kapitalanlagen

Ziel des Risikomanagements Kapitalanlagen der VBL ist es, durch aussagekräftige Analysen das Engagement an den Kapitalmärkten auf seine Risikotragfähigkeit einzuschätzen und gegebenenfalls Empfehlungen bzw. Warnungen an den Vorstand auszusprechen.

Zur Messung der Risikotragfähigkeit bedient sich das Risikomanagement in erster Linie des Stresstests der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), welcher in regelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Ziel des Stresstests ist es, aufzuzeigen, ob im Falle eines Kapitalmarktzusammenbruchs die Bedeckung der versicherungstechnischen Passiva – also die eingegangenen Versprechungen gegenüber den Versicherungsnehmern – gewährleistet ist.

Um das Spektrum der Risikomessmethoden zu erweitern, wurde im Jahr 2006 die Risikomanagementsoftware „Risk-Dimensions“ der Firma SAS erworben. Die Software erlaubt die Berechnung von gängigen Risikokennzahlen für die Kapitalanlagen der VBL. Die für den Betrieb nötige Konfiguration und Anpassung der Software werden seit September 2006 durchgeführt und voraussichtlich bis Mitte des zweiten Quartals 2007 dauern.

Die in den Vorjahren entwickelten Überwachungsmethoden werden damit im Laufe des Jahres 2007 weiter ausgebaut und konsequent verbessert.

Die Abteilung Risikomanagement Kapitalanlagen berichtet monatlich (Risikobericht, Derivatebericht, Hedgefondsbericht) an den hauptamtlichen Vorstand sowie quartalsweise an den gemeinsamen Ausschuss des Vorstands und des Verwaltungsrats für Finanz- und Vermögensfragen.

Neben dem bestehenden Risikomanagement für die Kapitalanlagen wird ein übergreifendes strategisches Risikomanagement eingeführt, das alle Bereiche der VBL abdeckt. Im Bereich der Freiwilligen Versicherung ist die VBL nach § 156 Abs. 2 VAG in Verbindung mit § 91 Abs. 2 AktG verpflichtet, bis September 2010 ein Risikofrüherkennungssystem, ein Risikocontrolling und ein internes Überwachungssystem (Revision) einzurichten. Ziel des Risikomanagements ist es, negative und positive Entwicklungen, die sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens wesentlich auswirken, frühzeitig zu erkennen, um rechtzeitig reagieren zu können. Aus Sicht der VBL ist es sachgerecht, das Gesamtrisikomanagement für die ganze VBL durchzuführen und nicht auf die Freiwillige Versicherung zu beschränken. Um die endgültige und formale Einführung eines solchen strategischen Risikomanagements zu beschleunigen, wurde hierfür Anfang 2007 ein eigenes Referat im Vorstandsbüro eingerichtet.

Übergreifendes Risikomanagement

Die laufende Prüfung der Risiken im Jahr 2006 ergab, dass für den Fortbestand der VBL keine gefährdenden Risiken existierten. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind auch in Zukunft keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Zu den einzelnen Risikokategorien können wir Folgendes berichten:

In dem bei der VBL noch überwiegend praktizierten Umlagefinanzierungsverfahren hängt der Finanzierungsbedarf stark von der Entwicklung des Versichertenbestands bzw. des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts ab. Der im Bereich des öffentlichen Dienstes anhaltende Trend zu Personalabbau- und Ausgliederungsmaßnahmen kann somit Auswirkungen auf die Finanzierung bei der VBL haben.

Finanzierungsrisiken

Scheidet ein Arbeitgeber aus der VBL aus, werden mit der Zahlung des versicherungsmathematisch berechneten Barwerts (Gegenwert) die hinterlassenen Anwartschaften und Ansprüche voll ausfinanziert. Für Ausgliederungen sieht die Satzung einen entsprechenden Ausgleich (anteiliger Gegenwert) bzw. die Möglichkeit der Kündigung der Beteiligung vor. Diese Maßnahmen gelten jedoch nur für die Ausgliederung eines „wesentlichen Teils“ der Pflichtversicherten eines Beteiligten. Für kleinere Ausgliederungen ist somit ein Ausgleich bisher nicht vorgesehen. Die genaue Abgrenzung ist im Einzelfall häufig mit Schwierigkeiten verbunden. Eine Konkretisierung dieser Regelung wird derzeit in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Vorstand und Verwaltungsrat erörtert.

Auch die Kommunalisierung von Landesaufgaben kann mit finanziellen Risiken verbunden sein. Hier sind angemessene Regelungen zu finden.

Mit der vom BMF am 31. Oktober 2006 genehmigten 7. Satzungsänderung wird über die Umverteilung des Sanierungsgelds eine belastungsgerechtere Verteilung der Finanzierungsaufwendungen erreicht. Die Änderung hat insbesondere das Ziel, ein Ausscheiden von Beteiligten mit einem guten Verhältnis der Aufwendungen zu den Rentenlasten zu vermeiden und damit die Finanzierung der VBL langfristig zu stabilisieren.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die VBL legte im Jahr 2006 ihr gesamtes Vermögen nach den Anlagegrundsätzen für das gebundene Vermögen von Versicherungsunternehmen an (§ 54 VAG in Verbindung mit der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen – AnIV). Danach ist das Vermögen so anzulegen, dass möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität unter Wahrung angemessener Mischung und Streuung erreicht werden. Auf eine möglichst große Sicherheit der Kapitalanlage wird besonderen Wert gelegt.

Der Anteil an direkt gehaltenen Aktien im Verhältnis zum Gesamtvermögen ist sehr gering. Der Großteil der Aktien wird über Fondsanlagen gehalten, die von externen Managern verwaltet werden. Die externen Manager sind in Master-Kapitalanlagegesellschaften zusammengefasst. Das ermöglicht eine Absicherung der Aktienquote über Overlay-Segmente.

Zur Sicherung von festverzinslichen Anlagen gegen Zinsänderungen wurden in den letzten Jahren Zinsswaps abgeschlossen, welche im Rahmen der Bilanzierung mit dem Grundgeschäft als Bewertungseinheit erfasst werden. Des Weiteren tätigte die VBL zur Sicherung des Zinsniveaus Vorkäufe auf festverzinsliche Wertpapiere. Hierbei handelt es sich um freistehende Derivate, die aus ihrer Natur heraus bilanziell in keinem Sicherungsbezug zu vorhandenen Geschäften stehen. Als weiteres Mittel zur Sicherung von höheren Zinserträgen wurden einfach strukturierte Produkte – meist durch den Emittenten zu festen Zeitpunkten kündbare Anleihen – für den Bestand der VBL erworben.

Die VBL unterliegt mit ihren Kapitalanlagen hauptsächlich den Risiken von Marktpreisänderungen. Mit Hilfe von externen Asset-Liability-Studien wurde der bestehende Bestand der VBL hinsichtlich seiner Risiko-Rendite-Struktur untersucht und Verbesserungspotenzial herausgearbeitet. Ergebnis der Studie war, dass die VBL in den meisten Fällen

schon über eine sehr effiziente Anlagestruktur verfügt und durch eine Adjustierung diese noch leicht verbessern kann. Die Risiken, die durch den Ausfall eines oder mehrerer Emittenten im Rentensegment entstehen könnten, sind minimal. Der Großteil der Rentenanlagen (99 Prozent) der VBL befindet sich bei Emittenten sehr guter Bonität und/oder ist zum größten Teil staatlich gesichert. Die Steuerung von Ausfallrisiken bei Derivate-Geschäften erfolgt über Kontrahentenlimits.

Liquiditätsrisiken bestehen innerhalb der VBL aufgrund des Umlageverfahrens bei den Abrechnungsverbänden West und Ost, dem jungen Bestand bei der Freiwilligen Versicherung und den kapitalgedeckten Abrechnungsverbänden Gegenwert und Beitrag nicht.

In der Pflichtversicherung wurde mit dem Tarifvertrag Altersversorgung (ATV) vom 1. März 2002 das Gesamtversorgungssystem zum 31. Dezember 2001 geschlossen und durch das Versorgungspunktesystem ersetzt. In diesem System ergeben sich Versorgungspunkte für das Zusatzversorgungspflichtige Entgelt, für soziale Komponenten und als Bonuspunkte. Den Versorgungspunkten liegt ein Rechnungszins von 3,25 Prozent in der Anwartschaftsphase und von 5,25 Prozent in der Rentenbezugsphase zugrunde, der in den Altersfaktoren enthalten ist. Zusätzlich werden die Renten um 1 Prozent jährlich erhöht.

Versicherungstechnische Risiken
 Zinsgarantierisiko

In der kapitalgedeckten Freiwilligen Versicherung wurde der Rechnungszins für das Neugeschäft ab 2004 auf 2,75 Prozent gesenkt.

Die Zusatzversorgungseinrichtungen des öffentlichen Dienstes verwenden als biometrische Rechnungsgrundlage die Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck. Bisherige versicherungsmathematische Untersuchungen bestätigten, dass die biometrischen Risiken des Versichertenbestands der VBL von den Annahmen der Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck ausreichend erfasst werden.

Biometrische Risiken

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Die überwiegende Zahl der an der VBL beteiligten Arbeitgeber sind juristische Personen des öffentlichen Rechts, über deren Vermögen das Insolvenzverfahren unzulässig ist. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Beteiligten ist in der überwiegend umlagefinanzierten Pflichtversicherung deshalb relativ gering. Von den rund 5.400 beteiligten Arbeitgebern hatten 24 bis zum 31.12.2006 Insolvenz angemeldet. Die VBL-Gremien werden sich im Laufe des Jahres 2007 näher mit der Thematik befassen. Es sollen Lösungen gefunden werden, mit denen sich die VBL vor Forderungsausfällen effektiver schützen kann.

In der kapitalgedeckten Freiwilligen Versicherung ist das Risiko des Ausfalls von Forderungen gegenüber Arbeitgebern (Gruppenversicherungsvertrag) oder Arbeitnehmern als gering zu bewerten. Hier werden die Versicherungsverträge beitragsfrei gestellt, wenn die Versicherungsnehmerin/der Versicherungsnehmer mit der Beitragszahlung für drei Monate in Verzug ist und den Rückstand nicht innerhalb einer von der VBL gesetzten Frist ausgleicht.

Operationelle Risiken

Unter dem Begriff operationelles Risiko werden sämtliche betriebliche Risiken verstanden, die in einem Unternehmen einen Schaden verursachen können (z. B. Risiken aus Organisation und Führung, IT-Risiken, Rechtsrisiken usw.).

Die Notfall- und Katastrophenpläne der VBL sind stets auf dem neuesten Stand. Arbeitsanweisungen und eine ständig verbesserte Sicherheitstechnik gewährleisten die Sicherheit der Daten.

Rechtliche Risiken ergeben sich in erster Linie aus den Klagen gegen die Startgutschriften. Mit diesen Klagen steht die Umgestaltung der Zusatzversorgung vom Gesamtversorgungssystem auf das Versorgungspunktemodell im Jahr 2001 auf dem Prüfstand. In den nächsten Monaten wird die erste Entscheidung des Bundesgerichtshofs erwartet. Das OLG Karlsruhe hatte in seiner Entscheidung vom Dezember 2006 für die rentennahen Versicherten bestätigt, dass die Überführung der

Anwartschaften dieser Gruppe rechtmäßig vorgenommen worden sei. Für die rentenfernen Versicherten hatte das OLG Karlsruhe allerdings bereits 2005 festgestellt, dass die Startgutschriften die erworbenen Anwartschaften nicht verbindlich festlegen. Unabhängig vom Ausgang der bisherigen Verfahren haben aber alle Gerichte die Entscheidung der Tarifvertragsparteien für einen Wechsel vom Gesamtversorgungssystem zur beitragsorientierten Betriebsrente als rechtswirksam angesehen. Wir erwarten, dass auch der BGH die Gestaltungsfreiheit der Tarifvertragsparteien anerkennt, auf ein neues Betriebsrentensystem überzugehen. Zu diesem Gestaltungsermessen gehört nach Auffassung der VBL auch die Frage, wie die bestehenden Anwartschaften aus dem Gesamtversorgungssystem im Einzelnen zu bewerten sind.

Auch aus der Musterklage gegen die Sanierungsgelder ergeben sich rechtliche Risiken. Der Musterklage haben sich etwa 2.000 Beteiligte angeschlossen. Bei einem vollständigen Unterliegen der VBL wäre mit einer Erstattung von Sanierungsgeldern für die Jahre 2002 bis 2005 zu rechnen. Aus Sicht der VBL hat die Klage aber keine Aussicht auf Erfolg, da die Regelung nicht gegen höherrangiges Recht, insbesondere nicht gegen Art. 3 und 9 Grundgesetz verstößt.

Seit dem Inkrafttreten des Tarifvertrags zur Entgeltumwandlung können die Beschäftigten eine zusätzliche kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge durch Entgeltumwandlung aufbauen. Seit Anfang 2007 wird die Entgeltumwandlung flächendeckend angeboten. Wir rechnen damit, dass eine Vielzahl der Pflichtversicherten die Möglichkeiten nutzen werden, gleichzeitig mit der Altersvorsorge Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu sparen. Für die VBL besteht hier die Chance, die Zahl der Neuabschlüsse von Freiwilligen Versicherungen weiter deutlich zu steigern.

Chancen

Mit der Neuausrichtung der VBL hin zu einem modernen und leistungsfähigen Dienstleistungsunternehmen, passt sich die VBL den geänderten Anforderungen und Wünschen ihrer Beteiligten an. Unser Service soll noch individueller auf die Bedürfnisse der Arbeitgeber zugeschnitten werden. Wir versprechen uns, mit diesen Maßnahmen die Kundenzufriedenheit und die Kundenbindung zu erhöhen. Dass sich die VBL damit auf dem richtigen Weg befindet, zeigen die Ergebnisse der Arbeitgeberbefragung.

Beitragssatz im Abrechnungsverband Beitrag

Ausblick.

Im Jahr 2007 werden sich die Tarifvertragsparteien voraussichtlich mit der Anhebung des Beitrags zur Überleitung in das Kapitaldeckungsverfahren im Abrechnungsverband Ost beschäftigen. Seit dem 1. Januar 2004 beträgt dieser Beitrag 1 Prozent und wird von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte getragen. Es war vorgesehen, den Beitrag stufenweise auf den Höchstsatz von 4 Prozent anzuheben, und zwar in Abhängigkeit von der Anhebung des allgemeinen Bemessungssatzes für die Ostvergütung. Nach dem Tarifabschluss des Bundes und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) vom 9. Februar 2005 entwickelte sich der Bemessungssatz für das Tarifgebiet Ost für den Bereich des Bundes und der VKA unterschiedlich. Aus diesem Grund und weil ein Tarifabschluss im Bereich der Länder noch ausstand, fassten Vorstand und Verwaltungsrat den Beschluss, über den 30. Juni 2005 hinaus bis auf Weiteres von den Beteiligten einen einheitlichen Beitrag zum Kapitaldeckungsverfahren in Höhe von 1 Prozent zu erheben. Im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wurde am 12. Oktober 2006 eine Tarifeinigung erzielt (TV-L). Damit stellt sich nun erneut die Frage nach einer Beitragssatzanhebung im Kapitaldeckungsverfahren.

Im Jahr 2005 haben wir mit unserer Neuorganisation, dem Projekt „**VBL2005**“ begonnen. Damit ist die VBL mit ihrem grundlegenden Wandel hin zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen gestartet. Die nun einheitliche Kundenbetreuung und Sachbearbeitung über alle Produkte der Pflicht- und der Freiwilligen Versicherung gewährleistet die Information und Versorgung aus einer Hand. Als weitere Grundlage für die Neugestaltung der VBL entsteht nun unter anderem eine neue IT-Anwendungslandschaft. Dafür gestalten die Fachbereiche und die Abteilung IT in dem Großprojekt „Phoenix“ die neue VBL-Welt auf SAP-Basis. Ziele des Projekts mit seinen 23 Teilprojekten sind die Umsetzung der neuen Prozesse, die Implementierung einer modernen, zukunftsfähigen IT und die Einführung einer neuen Unternehmenskultur nach innen und außen. Insofern sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VBL von dem Großprojekt betroffen und werden von den Erfolgen profitieren. Mit dem Kundenbeziehungsmanagement (CRM) betont die VBL den hohen Stellenwert der Kundenorientierung. Im Januar 2007 konnten durch das Pilotprojekt CRM 1 bereits die Arbeitgeberdaten im SAP-CRM bereitgestellt werden. Das Großprojekt Phoenix soll bis Ende 2009 umgesetzt sein.

[Projekt Phönix](#)
[Neue VBL. Neue IT.](#)



Jede Veränderung ist eine Herausforderung.

Für jeden von uns.

Die Veränderung fordert.
Innovationsgeist.

Motivation.
Engagement.

Die Veränderung fördert.
Sie bringt die vielfältigen Kompetenzen eines jeden zur Entfaltung.



Die VBL bewegt sich weiter.



Im Berichtsjahr 2006 hat die VBL insgesamt von der positiven Entwicklung an den Aktienmärkten profitiert. Auswirkungen hatte dies unter anderem auf das für die Kapitalanlage zur Verfügung stehende Vermögen. Bei Kapitalanlagen steht für die VBL eine möglichst große Sicherheit im Vordergrund.

Angaben zur Rechnungslegung.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 wurde nach dem Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen (VersRiLiG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt. Die Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formvorschriften der RechVersV unter Berücksichtigung besonderer Gegebenheiten der VBL. Auf die Freiwillige Versicherung finden ab dem Geschäftsjahr 2005 die Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für regulierte Pensionskassen entsprechend Anwendung.

Rechtsgrundlage

Pflichtversicherung und Freiwillige Versicherung sind eigene Aufgabengebiete mit getrennter Verwaltung von Aufwendungen, Erträgen und Kapitalanlagen (§ 59 VBLS).

Der Bereich Pflichtversicherung ist weiter zu unterteilen in einen umlagefinanzierten Bereich (Versorgungskonto I – § 64 Abs. 7 VBLS) und einen kapitalgedeckten Bereich (Versorgungskonto II – § 66 Abs. 3 VBLS).

Satzungsvorschriften

Nach § 61 Abs. 5 VBLS sind im Versorgungskonto I die auf Aufwendungen und Erträge sowie das Vermögen weiter zu unterteilen in die Abrechnungsverbände West und Ost.

Im Versorgungskonto II werden Ansprüche und Anwartschaften geführt, die auf Beiträgen (§ 66 VBLS) bzw. Gegenwerten (§ 23 Abs. 5 VBLS) beruhen, welche aufgrund der mit Wirkung vom 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Satzung neuer Fassung geleistet wurden. Da Gegenwerte bereits Verlustrücklage und Verwaltungskosten enthalten, diese im beitragsbezogenen Bereich jedoch erst aus den jährlichen Überschüssen aufgebaut werden müssen, ist das Versorgungskonto II in eine beitragsbezogene bzw. gegenwertsbezogene Kapitaldeckung zu unterteilen.

Aufbau der Finanzbuchhaltung

Die Finanzbuchhaltung ist so aufgebaut, dass für die Bereiche Pflicht- und Freiwillige Versicherung sowie für die Versorgungskonten I und II innerhalb der Pflichtversicherung jeweils eine eigene Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erstellt wird. Die Trennung nach den Abrechnungsverbänden West und Ost innerhalb des Versorgungskontos I wird durch die Erstellung getrennter Gewinn- und Verlustrechnungen sowie einen separaten Ausweis der Vermögensanteile beider Abrechnungsverbände gewährleistet.

Der Geschäftsbericht bezieht sich auf den konsolidierten Jahresabschluss. Ebenso beziehen sich die Erläuterungen des Anhangs grundsätzlich auf den konsolidierten Abschluss. Um bei der Berichterstattung Klarheit und Übersichtlichkeit zu wahren und zugleich den in der Satzung gestellten Forderungen gerecht zu werden, wird jede Position der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung in Form einer Segmentberichterstattung in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 3 (DRS3) in die oben aufgeführten Bereiche untergliedert.

Ausweis im Geschäftsbericht

Die Verwaltungskosten werden getrennt nach Personal- und Sachausgaben in Anlehnung an die für die Bundesverwaltung geltenden Grundsätze im Verwaltungskostenhaushalt geführt. Haushaltsvoranschlag, Nachtragshaushalte und Überschreitungen bedürfen der Genehmigung durch das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Mehrzahl der an der VBL beteiligten Länder.

Verwaltungskosten

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen anteilig der Gewährung von Leistungen, dem Versicherungsbetrieb und der Verwaltung von Kapitalanlagen zuzuordnen und so auch in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Die Ermittlung der jeweiligen Anteile erfolgt über die Kostenrechnung.

Bilanz zum 31. Dezember 2006.

Aktiva	31.12.2006		31.12.2005	
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände		1.303.430,00		1.662.645,00
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	319.360.861,30		279.059.808,92	
II. Beteiligungen	65.813.748,12		65.813.748,12	
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile	3.586.675.215,25		3.769.724.680,22	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	187.037.540,00		366.982.741,62	
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	226.737.004,69		266.331.342,65	
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	1.523.032.386,60		2.157.256.386,10	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.143.802.440,76		2.365.646.673,33	
	3.666.834.827,36	8.052.459.196,72	4.522.903.059,43	9.270.815.380,96
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern		5.905.157,57		3.334.819,43
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	988.827.240,61		1.174.850.933,05	
II. Sonstige Forderungen	12.720.541,46	1.001.547.782,07	30.846.384,29	1.205.697.317,34
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte	3.781.676,14		3.589.450,24	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	3.452.583.149,93	3.456.364.826,07	1.259.208.429,35	1.262.797.879,59
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	92.491.957,63		83.560.153,82	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.582.627,00	94.074.584,63	1.274.784,63	84.834.938,45
Summe der Aktiva		12.611.654.977,06		11.829.142.980,77

Passiva	31.12.2006		31.12.2005	
	€	€	€	€
A. Rücklagen, Bilanzgewinn				
I. Verlustrücklagen				
1. Pflichtversicherung	246.231.268,00		224.383.736,00	
2. Freiwillige Versicherung	8.401.790,13		4.643.668,93	
	254.633.058,13		229.027.404,93	
II. Bilanzgewinn				
1. Pflichtversicherung	3.371.765,00		-	
2. Freiwillige Versicherung	-		-	
	3.371.765,00	258.004.823,13	-	229.027.404,93
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I				
1. Abrechnungsverband West	6.789.099.840,81		6.473.295.204,56	
2. Abrechnungsverband Ost	1.506.988.930,67		1.367.406.635,51	
	8.296.088.771,48		7.840.701.840,07	
II. Deckungsrückstellungen				
1. Deckungsrückstellung für				
a) Pflichtversicherung	2.602.875.367,00		2.325.329.960,00	
b) Freiwillige Versicherung	203.410.179,40		124.920.046,55	
	2.806.285.546,40		2.450.250.006,55	
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.033.394.230,02		1.105.930.055,46	
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.300.000,00		8.500.000,00	
IV. Rückstellung für Beiträgerstattungen und Rückzahlungen von Umlagen und Beiträgen	32.635.000,00		67.490.000,00	
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung				
1. Pflichtversicherung	24.717.407,00		27.459.161,00	
2. Freiwillige Versicherung	2.566.804,25		1.578.883,97	
	27.284.211,25		29.038.044,97	
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	979.016,11	12.204.966.775,26	1.236.948,51	11.503.146.895,56
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern		5.905.157,57		3.334.819,43
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.951.979,00		4.106.473,00	
II. Sonstige Rückstellungen	12.089.836,66	16.041.815,66	7.934.983,66	12.041.456,66
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	48.137.333,26		21.565.257,47	
II. Sonstige Verbindlichkeiten	47.312.332,57	95.449.665,83	35.821.538,72	57.386.796,19
F. Rechnungsabgrenzungsposten		31.286.739,61		24.205.608,00
Summe der Passiva		12.611.654.977,06		11.829.142.980,77

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position B. II. Ziffer 1 (Passiva) ausgewiesene Deckungsrückstellung nach den genehmigten Technischen Geschäftsplänen berechnet worden ist.

Pflichtversicherung (Buchstabe a):

München, den 15.05.2007

Der Verantwortliche Aktuar Dr. Bode

Freiwillige Versicherung (Buchstabe b):

Köln, den 19.04.2007

Der Verantwortliche Aktuar Engbroks

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2006.

(Konsolidiert)	2006		2005	
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlagen, Sanierungsgeld und Beiträge	4.428.968.756,64		4.307.424.328,65	
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	22.598.414,44		41.069.100,19	
c) Erträge aus Überleitungen	515.575,73	4.452.082.746,81	759.251,21	4.349.252.680,05
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung		2.741.754,00		–
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	–		–	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	109.148.846,52		108.837.790,99	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	387.825.091,54		410.473.398,18	
	496.973.938,06		519.311.189,17	
c) Erträge aus Zuschreibungen	295.658,90		11.091.623,34	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	53.663.103,17	550.932.700,13	14.180.147,57	544.582.960,08
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		457.528,42		288.964,72
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		13.458.836,90		29.526.245,02
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Anstaltsleistungen	4.165.249.191,08		4.117.169.285,35	
bb) Verwaltungsaufwendungen	32.517.297,00		39.223.010,44	
	4.197.766.488,08		4.156.392.295,79	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-555.000,00		-3.994.000,00	
c) Aufwendungen für Überleitungen	352.638,25	4.197.564.126,33	363.177,40	4.152.761.473,19
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	218.580.743,16		184.477.156,31	
b) sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-34.757.932,40	183.822.810,76	19.844.036,93	204.321.193,24
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)		32.523.136,40		20.289.214,05
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	66.379.305,39		63.102.834,21	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	21.447.540,88		10.542.614,90	
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	50.743.293,77	138.570.140,04	1.328.137,94	74.973.587,05
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		4.477,18		–
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		14.741.166,30		22.776.285,25
12. Versicherungstechnisches Ergebnis		452.447.709,25		448.529.097,09

(Konsolidiert)	2006		2005	
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	26.525.972,53		7.497.947,30	
2. Sonstige Aufwendungen	2.385.600,81	24.140.371,72	1.827.817,68	5.670.129,62
3. Jahresergebnis vor Veränderung der Rückstellung für Überschussbeteiligung		476.588.080,97		454.199.226,71
4. Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligungen		-987.920,28		-12.241.679,66
5. Jahresüberschuss		475.600.160,69		441.957.547,05
6. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen		-459.567.162,45		-421.662.537,59
7. Veränderung der Verlustrücklage		-12.661.233,24		-20.295.009,46
8. Bilanzgewinn		3.371.765,00		0,00



Jede Veränderung ist eine Chance.

Die alte Haut kann abgestreift werden.

Von Neuem wird man beflügelt.

Kann reifen.

Gemeinsam können wir
erfolgreich werden.

An der Herausforderung wachsen.

Wir kennen das Ziel, so
werden wir den Weg finden.



Die VBL bewegt sich weiter.



Neue VBL. Neue IT.



Alle Versicherungsbereiche der VBL werden in einer konsolidierten Bilanz erfasst. Die VBL arbeitet dabei mit festen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen. Aufgrund der in der VBLS geforderten Trennung der Bereiche Pflichtversicherung und Freiwillige Versicherung werden Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung dieser beiden Bereiche in der Berichterstattung getrennt ausgewiesen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze.

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, angesetzt. Als Nutzungsdauer werden in der Regel fünf Jahre zugrunde gelegt.

Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die planmäßigen nutzungsbedingten Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden linear bei Mietwohnobjekten über eine Nutzungsdauer von 50 Jahren, bei (teil-)gewerblich genutzten Anwesen über eine Nutzungsdauer von 40 Jahren und bei Garagen über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren vorgenommen. Bewegliches Anlagevermögen wird ebenfalls linear unter Zugrundelegung einer Nutzungsdauer von fünf Jahren abgeschrieben.

Die Beteiligungen und Namensschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten bewertet. Zero-Namensschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet. Optionsprämien aus strukturierten rohstoffindizierten Anleihen werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem Niederstwertprinzip wie Umlaufvermögen bewertet.

Investmentanteile, die dazu bestimmt wurden, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, sind unter Anwendung der Regelung des § 341 b HGB nach dem für das Anlagevermögen geltenden gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden aufgrund der Annahme einer dauerhaften Wertminderung vorgenommen. Die übrigen Investmentanteile sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden nach dem Niederstwertprinzip mit Wertaufholung bewertet. Danach sind Wertpapiere zum Börsenkurswert am Bilanzstichtag, höchstens jedoch zu den ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen sind mit dem Nominalwert angesetzt. Agien bzw. Disagien werden im Jahr der Begebung abgegrenzt und jährlich anteilig auf die Laufzeit verteilt. Zero-Schuldscheinforderungen werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivzinsberechnung ermittelten Zinsforderung bewertet.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert, dubiose Forderungen angemessen wertberichtigt.

Guthaben bei Kreditinstituten werden mit dem Nennwert angesetzt.

Verlustrücklagen sind gemäß den Vorschriften der Satzung und der technischen Geschäftspläne für alle kapitalgedeckten Bereiche zu bilden. Die Ermittlung der Verlustrücklagen zu den Stichtagen erfolgt durch Gutachten der Aktuarien, entsprechend den Satzungsvorschriften und den von der Aufsicht genehmigten technischen Geschäftsplänen.

Deckungsrückstellungen – einschließlich eines Barwerts für Verwaltungskosten während der Leistungsphase – sind für das kapitalgedeckte „Versorgungskonto II“ der Pflichtversicherung sowie für die Freiwillige

Versicherung zu bilden. Die Höhe der jeweiligen Deckungsrückstellung ergibt sich aus den von den Aktuaren zu den Stichtagen erstellten versicherungstechnischen Bilanzen.

Die Rückstellungen für Pflichtleistungen des Versorgungskontos I entsprechen den Vermögen, die zur Erfüllung der Leistungsverpflichtungen in Abrechnungsverbänden West und Ost zur Verfügung stehen. Sie werden durch Zuführung bzw. Entnahme der Jahresergebnisse im jeweiligen Abrechnungsverband verändert. Diese Rückstellungen dürfen die erforderliche Kapitaldeckung für Ansprüche und Anwartschaften aus den bis 31. Dezember 1977 geleisteten Beiträgen nicht unterschreiten.

Rückstellungen für Beträge nach § 23 Abs. 2 d.S. a.F. aus vor dem 1. Januar 2002 beendeten Beteiligungen, Rückstellungen für Beträge nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS sowie Rückstellungen für Leistungen gemäß § 2b des Überleitungsabkommens werden in Anlehnung an das Überleitungsabkommen unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen fünfzehnjährigen Rentenrestlaufzeit (früher zwölf Jahre) bzw. nach versicherungsmathematischen Vorgaben vorgenommen.

Aus den von den Aktuaren für die kapitalgedeckten Bereiche ermittelten Rohüberschüssen werden zunächst entsprechend den versicherungsmathematischen Gutachten die Verlustrücklagen dotiert. Verbleibende Jahresüberschüsse werden in den Bilanzgewinn eingestellt und entsprechend den durch die Gremien im Folgejahr getroffenen Beschlüssen verwendet. In der Freiwilligen Versicherung werden die verbleibenden Jahresüberschüsse den Rückstellungen für Überschussbeteiligungen zugeführt.

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bewertet. Der Ausweis der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten erfolgt zu Nennwerten.

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Aktiva).

Anlagegitter Entwicklung der Aktivposten A. I. - B. III. zum 31. Dezember 2006	Bilanz- werte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanz- werte Ge- schäfts- jahr	Zeitwert Ge- schäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	1.663	372	-	-	-	731	1.304	-
B. I. Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten	279.060	81.902	-	32.382	-	9.219	319.361	-
B. II. Beteiligungen	65.814	-	-	-	-	-	65.814	90.678
B. III. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile	3.769.725	1.373.137	-	1.556.046	295	436	3.586.675	4.538.112
2. Inhaberschuldverschrei- bungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	366.983	-	-	174.193	-	5.753	187.037	188.785
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	266.331	-	-	39.594	-	-	226.737	226.737
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuld- verschreibungen	2.157.256	400.588	-	1.029.899	-	4.913	1.523.032	1.547.296
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.365.647	653.156	-	875.000	-	-	2.143.803	2.203.580
Summe B. III.	8.925.942	2.426.881	-	3.674.732	295	11.102	7.667.284	
Insgesamt	9.272.478	2.509.155	-	3.707.114	295	21.052	8.053.763	

Zum 31. Dezember 2006 wurde für die einzelnen Anlagearten der Zeitwert mit den Börsenwerten zum Bilanzstichtag angesetzt; bei den Beteiligungen wurde ein Abschlag in Höhe von 10 Prozent vorgenommen. Die ausweispflichtigen Bewertungsreserven und die stillen Lasten stellen sich bei den Bilanzposten „Sonstige Ausleihungen“ wie folgt dar:

Sonstige Ausleihungen	Bewertungsreserven	Stille Lasten	Bewertungsreserven abzüglich stille Lasten
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Namensschuldverschreibungen	40.030	15.766	24.264
Schuldscheinforderungen und Darlehen	80.230	20.453	59.777

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um käuflich erworbene Software-Produkte für die im Hause eingesetzte Informationstechnologie.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Von dem Zugang in Höhe von 81.902 Tsd. € entfallen 42.142 Tsd. € auf Wohn- und andere Bauten und 39.665 Tsd. € auf unfertige Bauten; 95 Tsd. € entfallen auf die Verwaltungsgebäude (Einbau zusätzlicher Glasfaserkabel). Im Berichtszeitraum wurden 10 Objekte erworben und 19 Objekte veräußert.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Geschäftsbauten	11.899	12.551
Wohn- und andere Bauten	267.695	247.698
Unfertige Bauten	39.767	18.811
	319.361	279.060

Bei den Geschäftsbauten handelt es sich um Verwaltungsgebäude der VBL.

Es handelt sich um eine Beteiligung an den DEPFA Beteiligungs-Holdings.

Beteiligungen

Der Anteil der Aktien beläuft sich auf 13.853 Tsd. €, der Anteil der Investmentanteile auf 3.572.822 Tsd. €. Bei den Investmentanteilen handelt es sich um Anteile an Spezialfonds mit unterschiedlichen Anlagekonzepten; die VBL hält sämtliche Anteile der Fonds. Aus den Spezialfonds wurden einzelne Werte zum 31. Dezember 2006 mit einem Betrag von insgesamt 436 Tsd. € auf den niedrigeren Zeitwert abgeschrieben.

Aktien, Investmentanteile

Inhaberschuldverschreibungen
und andere festverzinsliche
Wertpapiere

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Pfandbriefe	–	62.234
Inhaberschuldverschreibungen	187.037	304.749
	187.037	366.983

Der Nominalwert des Wertpapierbestands betrug 192.800 Tsd. €. Eine Bewertung der Wertpapiere zum Börsenkurs am 31. Dezember 2006 ergibt einen Betrag in Höhe von 188.785 Tsd. €.

Hypotheken-, Grundschuld-
und Rentenschuldforderungen

Es handelt sich um erstrangige Darlehen gegen Grundpfandrechte, die der Finanzierung von Wohngebäuden und sozialen Einrichtungen dienen.

Darlehen an Versicherte zur Finanzierung von Wohngebäuden werden treuhänderisch von der Aareal Bank AG verwaltet.

Namenschuldverschreibungen

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Namenspfandbriefe		
Kreditinstitute im Inland	1.383.032	2.017.256
Kreditinstitute im europäischen Ausland	140.000	140.000
	1.523.032	2.157.256

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Bundesländer	233.189	212.000
Kreditinstitute im Inland	1.749.991	2.113.647
Kreditinstitute im europäischen Ausland	160.623	40.000
	2.143.803	2.365.647

Schuldscheinforderungen
und Darlehen

Bei diesem Betrag handelt es sich um Kapitalanlagen der freiwilligen fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL**dynamik. Der Fonds enthält 28.958,772 Anteile an einem Aktienfonds und 9.587,895 Anteile an einem Rentenfonds.

Kapitalanlagen für Rechnung und
Risiko von Versicherungsnehmern

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Umlageforderungen aus der Pflichtversicherung	96.163	74.085
Forderungen aufgrund von Überleitungen	24	107
Forderungen aufgrund von Gegenwerten	578.579	721.744
Forderungen nach § 2b des Überleitungsabkommens	9.558	78.247
Forderungen aus der Übergangsversorgung	–	28
Rentenzahlungsvorschüsse	303.775	300.635
Forderungen von Ausgleichsbeträgen nach den Ausführungsbest. zu § 20 Abs. 3 VBLS	708	–
Forderungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	15	–
Sonstige Forderungen	5	5
	988.827	1.174.851

Forderungen aus dem
Versicherungsgeschäft

Die Forderungen für Rentenvorschüsse betreffen die für den Monat Januar 2007 gezahlten Leistungen. Uneinbringliche Forderungen aus Gegenwerten wurden mit 1.219 Tsd. € wertberichtigt. Bei den Forderungen von Ausgleichsbeträgen handelt es sich um Forderungen an Beteiligte, mit denen eine besondere Beteiligungsvereinbarung nach § 20 Abs. 3 VBL besteht. Die Laufzeiten der Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen durchweg weniger als ein Jahr.

Sonstige Forderungen

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Erstattung Kapitalertragsteuer	720	837
Fällige Forderungen aus der Ausschüttung auf Fondsvermögen	806	22.903
Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken	6.930	2.744
Fällige Mietforderungen	3.450	3.150
Personaldarlehen für Wohnraumbeschaffung	92	108
Personalvorschüsse	170	177
Erstattungsansprüche aus Versicherungen	217	218
Verschiedenes	336	709
	12.721	30.846

Fällige Zins- und Tilgungsforderungen an Banken betreffen im Wesentlichen Forderungen aus fremdverwalteten Hypothekendarlehen sowie Zinsforderungen aus Schuldscheindarlehen.

Die ausstehenden Mietforderungen in Höhe von 2.965 Tsd. € wurden um 1.186 Tsd. € pauschal wertberichtigt.

Bei den Personaldarlehen handelt es sich um Grundschildforderungen mit einem Zinssatz von 4,5 Prozent; die vereinbarten Laufzeiten betragen durchschnittlich 25 Jahre. Die Personalvorschüsse sind zinslos und haben eine Laufzeit von maximal 20 Monaten. Die Laufzeiten der übrigen sonstigen Forderungen betragen durchweg weniger als 1 Jahr.

Bei der Position „Verschiedenes“ handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen an Beteiligte aus verauslagten Honoraren für Gegenwertberechnungen.

Die Praxis, kurzfristige Gelder in Form von Fest- und Termingeldern anzulegen, war während des Berichtsjahres 2005 in die Anlage auf höherverzinslichen Geldmarktkonten geändert worden. Diese sind beim Umlaufvermögen als laufende Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Laufende Guthaben
bei Kreditinstituten

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Kapitalanlagen	90.492	81.183
Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Gegenwertforderungen	1.193	1.576
Noch nicht durchgeführte Betriebskostenabrechnungen aus dem Grundstücksbereich	807	801
	92.492	83.560

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Noch nicht fällige anteilige Zinsen aus Gegenwerten resultieren aus der verzinslich vereinbarten Ratenzahlung für einen gestundeten Gegenwert.

Bei dem Betrag handelt es sich um im Voraus zu begleichende Verbindlichkeiten aus dem Bereich des Verwaltungskostenhaushalts sowie um Agien bei Schuldscheindarlehen in Höhe von 1.359 Tsd. €

Sonstige
Rechnungsabgrenzungsposten

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz (Passiva).

Für die kapitalgedeckten Bereiche „Versorgungskonto II“ und „Freiwillige Versicherung“ sind gemäß VBL-Satzung Verlustrücklagen in Höhe von 10 Prozent der Deckungsrückstellung zu bilden. Die Veränderung der Rücklagen erfolgt durch Beschluss der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder auf der Grundlage von Gutachten und Vorschlägen der Aktuarien.

Verlustrücklage

Die Rückstellung für den umlagefinanzierten Bereich der Pflichtleistungen (Versorgungskonto I) ergibt sich aus der Differenz zwischen vorhandenen Vermögenswerten und den übrigen nicht auf künftigen Pflichtleistungen beruhenden Verbindlichkeiten. Diese Rückstellung muss gemäß § 61 Abs. 2 VBLS mindestens dem Deckungskapital für Ansprüche und Anwartschaften entsprechen, soweit diese auf den bis Dezember 1977 geleisteten Beiträgen beruhen.

Rückstellungen für
Pflichtleistungen des
Versorgungskontos I

Durch das Ausscheiden von Beteiligten waren Barwerte für Ansprüche und Anwartschaften in Höhe von rund 4,2 Mio. € aus dieser Rückstellung auf das Versorgungskonto II zu übertragen. Die dadurch reduzierte Rückstellung für Pflichtleistungen war zum 31.12.2006 um das Jahresergebnis des Versorgungskontos I auf 8.296 Mio. € zu erhöhen. Dabei entfallen 6.789 Mio. € auf den Abrechnungsverband West und 1.507 Mio. € auf den Abrechnungsverband Ost.

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Stand am Ende des Vorjahres	7.840.702	7.425.556
Übertrag auf Versorgungskonto II	-4.180	-6.517
Zuweisung aus dem Überschuss	459.567	421.663
Stand am Ende des Geschäftsjahres	8.296.089	7.840.702

Deckungsrückstellung

Für die kapitalgedeckten Versicherungsbereiche **VBL**extra der Freiwilligen Versicherung sowie der Abrechnungsverbände Gegenwerte und Beiträge Ost des Versorgungskontos II werden die versicherungsmathematischen Barwerte der am Bilanzstichtag dem Grunde und der Höhe nach bestehenden Anwartschaften und Ansprüche unter Verwendung der Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck mit einem Pensionierungsalter von 65 Jahren ermittelt.

Im Versicherungsbereich der fondsgebundenen Rentenversicherung **VBL**dynamik erfolgt die Ermittlung der Garantie-Deckungsrückstellung nach der retrospektiven Methode aus den eingezahlten Beiträgen der einzelnen Versicherungen.

Die Deckungsrückstellungen – einschließlich künftiger Verwaltungskosten – werden in Form von Gutachten von den jeweils zuständigen Verantwortlichen Aktuaren ermittelt.

Im Berichtsjahr war die Deckungsrückstellung im Versicherungsbereich **VBL**extra um 74,5 Mio. € auf 194,4 Mio. € zu erhöhen. Im Versorgungskonto II Abrechnungsverband Gegenwerte war die Deckungsrückstellung einschließlich Überschussanteilen in Höhe von 2,7 Mio. € gemäß versicherungstechnischer Bilanz zum 31.12.2006 um 149,5 Mio. € auf 2.239,2 Mio. € und im Abrechnungsverband Beiträge Ost um 128,1 Mio. € auf 363,6 Mio. € zu erhöhen.

Die Rückstellung für Gegenwerte war für nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Gegenwerte zu bilden, welche von Beteiligten geleistet wurden, die bis 31. Dezember 2001 ausgeschieden sind. Sie ist dem Versorgungskonto I zuzurechnen.

Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge

Hatte eine andere Zusatzversorgungskasse Versicherte der VBL unter den Voraussetzungen des § 2b des Überleitungsabkommens übernommen, hatte die übernehmende Zusatzversorgungskasse einen Ausgleichsbetrag für die bei der VBL verbleibenden Rentenlasten zu entrichten. Der Ausgleichsbetrag wurde im Versorgungskonto I in eine Rückstellung eingestellt und ist dort jährlich ergebniswirksam aufzulösen.

Ein nach § 22 Abs. 3 Satz 3 VBLS zur Abwendung einer Kündigung, nach § 22 Abs. 3 Satz 4 VBLS zu berechnender anteiliger Gegenwert ist in eine Rückstellung einzustellen und jährlich nach versicherungsmathematischer Fortschreibung aufzulösen.

Die Höhe dieser Rückstellung orientiert sich an der Zahl der unerledigten Leistungsanträge.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für Beitragserstattungen in Höhe von 835 Tsd. € (Vorjahr 1.190 Tsd. €) wurde unter Berücksichtigung der Anfang 2007 noch für das Vorjahr entstandenen Aufwendungen ermittelt. Die Bemessungsgrundlage der Rückstellung für Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen in Höhe von 31.800 Tsd. € (Vorjahr 66.300 Tsd. €) bildet der in den letzten fünf Jahren aufgrund der Jahresrechnung entstandene durchschnittliche Aufwand.

Rückstellung für Beitragserstat- tungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen

Es handelt sich um die von den Aktuarien ermittelten Überschüsse aus den kapitalgedeckten Versicherungsbereichen über deren Verwendung Vorstand und Verwaltungsrat auf Vorschlag der Aktuarie entscheiden. Für den Versicherungsbereich Gegenwerte wurde eine Zuteilung von 0,25 Prozent Bonuspunkte der bis zum 31. Dezember erworbenen Versorgungspunkte beschlossen. Aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung waren demzufolge 2,7 Mio. € zu entnehmen und in die Deckungsrückstellung zu übertragen.

Rückstellung für Überschussbeteiligung

Im Versicherungsbereich Freiwillige Versicherung wurden Überschüsse in Höhe von 988 Tsd. € ermittelt, die der Rückstellung für Überschussbeteiligung zugeführt wurden.

Im umlagefinanzierten Bereich werden eventuelle Überschüsse derzeit aus einem unterstellten Vermögen ermittelt, so dass solche Überschüsse fiktiv sind und buchhalterisch nicht ausgewiesen werden können.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Das zum 1. September 1994 vom Versicherungsverein der Angestellten der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein übernommene Vermögen zur Erfüllung der zugleich übernommenen Leistungsverpflichtungen wird unter Berücksichtigung der erbrachten Leistungen verzinst und entsprechend fortgeschrieben. Nach Aufzehrung des Vermögens erstattet die Bundesrepublik Deutschland monatlich die verauslagten Leistungen einschließlich Verwaltungskosten. Zum Bilanzstichtag ergab sich ein Rückstellungsbedarf von 979 Tsd. € (Vorjahr: 1.237 Tsd. €).

Versicherungstechnische Rückstellungen soweit Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern

Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Rentenversicherung wird nach der retrospektiven Methode aus den Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Diese Rückstellungen wurden gebildet für Pensionsanwartschaften von Vorstandsmitgliedern und von zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubten Beamten sowie für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die durch frühere Dienstverhältnisse von zur VBL beurlaubten Beamten begründet sind. Die laufenden Leistungen wurden mit dem versicherungsmathematischen Barwert, die Anwartschaften mit dem Teilwert berücksichtigt. Es wurde ein Rechnungszins von 6 Prozent angenommen.

Hierunter fallen Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses, für Jubiläumszuwendungen und rückständige Urlaubsverpflichtungen sowie für Altersteilzeitbeschäftigte.

Sonstige Rückstellungen

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Rückzahlung von Umlage und Beiträgen	39.152	3.168
Überleitungen		-
Im Voraus erhaltene Umlage und Beiträge	2.496	987
Verbindlichkeiten aus der Übergangsversorgung gegenüber dem Finanzamt	-	3
Verbindlichkeiten aus der Übergangsversorgung gegenüber dem Bundesamt für Wehrverwaltung	6.295	17.031
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Anstaltsleistungen	194	376
	48.137	21.565

Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft

Im Dezember 2006 wurden Umlagen für das Abrechnungsjahr 2007 in Höhe von 2.496 Tsd. € überwiesen.

Der Anstieg zurückzuzahlender Umlagen resultiert aus Rückzahlungsforderungen aufgrund der Neuverteilung des Sanierungsgeldes gemäß der 7. Satzungsänderung. Diese regelt die Umverteilung der Sanierungsgelder mit dem Ziel einer verursachungsgerechteren Verteilung des Finanzierungsaufwands, und zwar entsprechend der Rentenlast. Beteiligte mit einer höheren Rentenlast beteiligen sich in größerem Umfang als bisher an der Finanzierung. Umgekehrt zahlen Beteiligte mit einer geringeren Rentenlast weniger oder gar kein Sanierungsgeld.

Die Rückzahlungsforderungen wurden in neuer Rechnung beglichen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Bundesamt für Wehrverwaltung handelt es sich um eine Rückforderung aus der Jahresabrechnung, die in neuer Rechnung beglichen wurde.

Die Laufzeiten der Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft betragen ausnahmslos weniger als ein Jahr (Vorjahr: 21.565 Tsd. €).

Sonstige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung	31.12.2006	31.12.2005
	Tsd. €	Tsd. €
Langfristige Baudarlehen	303	408
Aufwendungsdarlehen	1.498	1.635
Mieterkautionen und -darlehen	56	3.899
Bebauung von Grundstücken	5	209
Instandhaltung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Grundstücken	7.397	6.172
Nebenkostenvorauszahlungen aus Vermietungen	1.088	1.139
Sicherheiten für Gewährleistungen	232	279
Im Voraus erhaltene Zins- und Tilgungsleistungen	433	1.024
Verbindlichkeiten aus der Freiwilligen Versicherung	1.656	1.598
Verschiedenes	34.644	19.458
	47.312	35.821

Die Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit bis zu 1 Jahr betragen 45.223 Tsd € (Vorjahr: 24.600 Tsd. €); Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren sind in Höhe von 853 Tsd. € (Vorjahr: 4.738 Tsd. €) enthalten. Insgesamt sind Verbindlichkeiten in Höhe von 1.802 Tsd. € (Vorjahr: 2.043 Tsd. €) grundpfandrechlich abgesichert.

Bei den langfristigen Baudarlehen handelt es sich um zinsverbilligte öffentliche Mittel, die im Rahmen von Grundstücksankäufen übernommen wurden. Im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes wurde der VBL ein Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes in Höhe von ursprünglich 2.935 Tsd. € gewährt, von dem im Berichtsjahr 137 Tsd. € getilgt wurden. Ein tilgungsfreies Mieterdarlehen in Höhe von 3.835 Tsd. € wurde mit Verkauf der Immobilie getilgt.

Die Verbindlichkeiten aus der Freiwilligen Versicherung betreffen nicht zuordenbare Beitrags- und Zulagenzahlungen.

Die Position „Verschiedenes“ enthält insbesondere erhaltene Vorauszahlungen auf Gegenwertforderungen in Höhe von 23.412 Tsd. € mit Ausscheidatum 01.01.2007, sowie Vorauszahlungen für zu erstattende Rentenleistungen für das Jahr 2007 über 4.907 Tsd. €.

Steuern in Höhe von 363 Tsd. € (Vorjahr: 360 Tsd. €), Verbindlichkeiten für Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 4.901 Tsd. € (Vorjahr: 2.798 Tsd. €) und Verbindlichkeiten für die Verwaltung von Kapitalanlagen in Höhe von 522 Tsd. € (Vorjahr: 562 Tsd. €) wurden im neuen Rechnungsjahr beglichen.

Diese Position beinhaltet Zinsverbindlichkeiten aus noch nicht fälligen Zinsswaps in Höhe von 30.528 Tsd. €, im Voraus für das folgende Jahr erhaltene Mieten in Höhe von 697 Tsd. € sowie Disagien auf Schuldscheindarlehen in Höhe von 62 Tsd. €.

Rechnungsabgrenzungsposten

Sonstige Erläuterungen zur Bilanz.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aufgrund einer Gebietsreform wurde der bei der VBL beteiligte Landkreis Hannover zum 1. November 2001 aufgelöst. Die dort bisher pflichtversicherten Arbeitnehmer sind auf die bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Hannover (ZVK) beteiligte „Region Hannover“ übergegangen. Außerdem ist in diesem Zusammenhang eine bisher bei der VBL beteiligte Abfallgesellschaft zum 1. Januar 2003 auf einen bei der ZVK beteiligten Zweckverband übergegangen.

Anstelle einer Verpflichtung nach § 2b des bis 31. Dezember 2001 geltenden Überleitungsabkommens zur Erstattung eines Barwertes für künftige Renten in Höhe von rund 115 Mio. € wurde mit der ZVK für die beiden Fälle eine jährliche Erstattung der von der VBL verauslagten Rentenleistungen vereinbart. Die sich hieraus ergebende Restverpflichtung beträgt rund 65,5 Mio. €.

Sonstige Angaben

Zur Sicherung von bilanziellen Grundgeschäften (Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen, Wertpapiere, Schuldscheinforderungen und Darlehen) wurden Zinsswaps eingesetzt. Ferner wurden zur Sicherung zukünftiger Zinsen Terminkäufe auf Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen abgeschlossen. Daneben sind Optionsprämien aus strukturierten Produkten bilanziert. Den Umfang und die Zusammenstellung zeigt folgende Übersicht:

Derivative Finanzinstrumente in Tsd. €.

Kategorien und Arten	Anzahl	Nominalwert	Buchwert		Marktwert		Bilanzposition
			Aktiva	Passiva	positiv	negativ	
Zinsbezogene Geschäfte							
Swapgeschäfte							
Receiver Swaps ¹	6	16.800	527	189	2.325		Aktiva: F. I. Passiva: F.
Payer Swaps ²	1	10.000	4	113		205	
Receiver und Payer Swaps aus geschlossenen Absicherungen ³	72	2.760.000	32.867	30.226	104.423	37.383	
Terminkäufe	5	60.000			8.216		
Strukturierte Produkte							B. III. 4. a + b
Rohstoffoptionen ⁴	14	360.000	118.238		135.034		

¹ Mit Hilfe eines Receiver Swaps wird ein variabel-verzinsliches Wertpapier synthetisch in ein festverzinsliches Wertpapier gewandelt. Das Geschäft dient der Sicherung zukünftiger Zahlungsströme.

² Mit Hilfe eines Payer Swaps wird ein festverzinsliches Wertpapier synthetisch in ein variabel-verzinsliches Wertpapier gewandelt. Das Geschäft dient zur Absicherung des Marktwerts gegen Zinsschwankungen.

³ Soll eine Absicherung aufgehoben werden, so kann dies grundsätzlich auf 3 verschiedene Arten und Weisen erfolgen:

a) Auflösung des Swaps durch Ausgleichszahlung.

b) Glättstellung der Swaps durch den Abschluss eines Gegengeschäfts. Beide Swaps zusammen bilden in Ihrer Einheit ein synthetisches festverzinsliches Wertpapier.

c) Vertragsänderung des Swaps: Hierbei wird der Swap synthetisch zu einem festverzinslichen Wertpapier gewandelt.

Die unter ³ dargestellten Swapgeschäfte beziehen sich auf Varianten b und c.

⁴ Die Angabe des Nominalwertes bezieht sich auf die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen.

Der Bewertung liegen allgemein anerkannte Bewertungsmodelle (Discounted Cash Flow, Black-Scholes, Hull-White) zugrunde. Nennenswerte Einflussgrößen der Bewertungsmodelle sind unter anderem Zinssätze, Swapprates, Swaptions, implizite Volatilitäten, Wechselkurse, Rohstoffpreise (Quelle: Bloomberg).

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

Übersicht über die Positionen der versicherungstechnischen Rechnung.

Umlagen und Beiträge

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Pflichtversicherung		
Umlage/Beiträge für Versorgungskonto I		
Abrechnungsverband West (einschließlich Sanierungsgeld)	4.070.463	3.980.007
Abrechnungsverband Ost (Umlage)	154.299	155.048
Abrechnungsverband Ost (Beiträge)	125.981	117.572
gesamt	4.350.743	4.252.627
Umlage aus Nachversicherung nach Betriebsrentengesetz	–	24
Beiträge gemäß § 32 d. S. a. F.	–	-1
Pflichtversicherung gesamt	4.350.743	4.252.650
Freiwillige Versicherung		
Beiträge aus VBLextra	72.194	50.227
Beiträge aus VBLeodynamik	6.031	4.547
Freiwillige Versicherung gesamt	78.225	54.774
Insgesamt	4.428.969	4.307.424

Seit dem 1. Januar 2004 werden im Abrechnungsverband Ost neben einer Umlage von 1 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts Beiträge von 1 Prozent des zusatzversorgungspflichtigen Entgelts zum Kapitaldeckungsverfahren erhoben.

Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung

Der Verwaltungsrat hatte im Zusammenhang mit der Verwendung der Überschüsse des Jahre 2005 beschlossen, für den Abrechnungsverband Gegenwerte Bonuspunkte in Höhe von 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2005 erworbenen Versorgungspunkte zuzuteilen. Zur entsprechenden Erhöhung der Versicherungsansprüche waren aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung 2,7 Mio. € zu entnehmen und in die Deckungsrückstellung zu übertragen.

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus der Vermietung des Grundvermögens der VBL		
fremdverwaltete Objekte	93.130	91.910
eigenverwaltete Objekte	13.835	14.765
Mieterträge für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude	2.184	2.163
	109.149	108.838

Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten

Die Mieten für die eigengenutzten Verwaltungsgebäude wurden über den Verwaltungskostenhaushalt finanziert.

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Aktien, Wertpapiersondervmögen	137.154	160.469
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.295	9.446
Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen	13.865	16.492
Namenschuldverschreibungen	107.632	97.369
Schuldscheinforderungen und Darlehen	118.879	113.007
Einlagen bei Kreditinstituten	–	13.690
	387.825	410.473

Erträge aus anderen Kapitalanlagen

Gewinne aus dem Abgang
von Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Veräußerung von Grundstücken	35.090	1.518
Kursgewinne aus:		
Aktien, Wertpapiersondervermögen	18.282	11.017
Inhaberwertpapieren	27	228
Namensschuldverschreibungen	142	442
Darlehen	122	975
	53.663	14.180

Im Hinblick auf die neue strategische Ausrichtung des Immobilienbestandes wurden im Berichtsjahr 19 Objekte mit einem Gesamtvolumen von rund 64 Mio. € veräußert.

Sonstige versicherungstechnische
Erträge

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Zinsen für Gegenwerte	8.628	24.834
Zinsen für nachentrichtete und zu spät gezahlte Umlage	4.593	4.213
Erträge im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	231	271
Übrige Erträge	7	208
	13.459	29.526

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Betriebsrenten		
an Versicherte	3.663.143	3.616.648
an Hinterbliebene	477.125	466.571
	4.140.268	4.038.219
Sterbegelder	11.856	17.531
Abfindungen	6.192	9.715
Beitrags- und Umlageerstattungen	7.077	7.102
	4.165.393	4.117.567
Abzüglich Erträge aus Schadensersatz- ansprüchen (§ 50 VBLS)	144	398
	4.165.249	4.117.169

Zahlungen für Anstaltsleistungen

Die Anstaltsleistungen betrafen im Berichtsjahr neben Leistungen aus der Freiwilligen Versicherung in Höhe von 500 Tsd. € (Vorjahr: 192 Tsd. €) die Pflichtversicherung (Versorgungskonten I und II). Der Anstieg um 48,1 Mio. € beruht hauptsächlich auf dem Zuwachs an Betriebsrenten und deren Dynamisierung.

Aus den Leistungen wurden Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner in Höhe von 523.348 Tsd. € (Vorjahr: 514.148 Tsd. €) und zur Pflegeversicherung in Höhe von 61.552 Tsd. € (Vorjahr: 60.696 Tsd. €) abgeführt.

Neben der Veränderung der Deckungsrückstellung für die Freiwillige Versicherung und für Gegenwerte von nach dem 31. Dezember 2001 ausgeschiedenen Beteiligten, die gemäß § 23 Abs. 5 VBLS als kapitalgedeckte Ansprüche und Anwartschaften im Versorgungskonto II zu führen sind, beruht die Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen auf der für Beiträge zum Kapitaldeckungsverfahren im Abrechnungsverband Ost zu bildenden Rückstellung (§ 66 VBLS).

Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

Aufwendungen für
den Versicherungsbetrieb

Gemäß § 43 RechVersV sind die Verwaltungsaufwendungen den Anstaltsleistungen, dem Versicherungsbetrieb und der Verwaltung von Kapitalanlagen anteilig zuzuordnen. Bei den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb handelt es sich somit um den über die Kostenrechnung ermittelten Anteil, der auf die Führung der Versicherungskonten entfällt. Die übrigen Anteile werden unter Aufwendungen für Anstaltsleistungen bzw. Aufwendungen für Kapitalanlagen ausgewiesen. Wegen der Differenzierung nach Abrechnungsverbänden und Versorgungskonten wird auf die Segmentberichterstattung verwiesen.

Aufwendungen für die
Verwaltung von Kapitalanlagen,
Zinsaufwendungen und
sonstige Aufwendungen
für Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Aufwendungen für Immobilien		
Bewirtschaftung der Mietwohngrundstücke	33.263	32.241
Modernisierung der Mietwohngrundstücke	4.676	3.912
Instandhaltung der Mietwohngrundstücke	21.117	18.741
Abschreibungen auf Einrichtungen bei Mietobjekten	90	91
	59.146	54.985
Aufwendungen für übrige Kapitalanlagen		
Zinsen und Kosten für Bau- und Aufwendungsdarlehen	472	447
Leistungsentgelte für die Verwaltung von Kapitalanlagen	1.423	1.459
	1.895	1.906
Anteilige Verwaltungsaufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen	5.338	6.212
	66.379	63.103

Abschreibungen
auf Kapitalanlagen

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Grundstücke	9.219	9.067
Investmentanteile, Aktien	11.102	296
Niederschlagungen bzw. Ausbuchungen von Forderungen aus dem Bereich der Grundstücksverwaltung aus Vorjahren	1.126	1.179
	21.447	10.542

Zusammensetzung	2006	2005	Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen
	Tsd. €	Tsd. €	
Von der VBL geleistete Beträge gemäß § 2b des Überleitungsabkommens	–	5.043	
Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Versorgungsausgleich	14.121	17.127	
Versorgungsaufwendungen an Versorgungseinrichtungen	355	604	
Sonstige Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich	265	2	
	14.741	22.776	

Bei den Versorgungsaufwendungen handelt es sich um die Übertragung von Versorgungsanwartschaften an Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft.

Die Position „Sonstige Aufwendungen aus dem Umlage-, Beitrags- und Leistungsbereich“ enthält die Verzinsung eines Ausgleichsbetrages zur Fortführung der Beteiligung nach § 20 Abs. 3 VBLS in Höhe von 263 Tsd. €.

Positionen der Nichtversicherungstechnischen Rechnung.

Sonstige Erträge

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung	22.750	5.427
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (ohne Zinsanteil)	146	542
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für rückständige Urlaubsverpflichtungen	–	110
Erträge aus der Verminderung der Rückstellung für Überstundenvergütung	70	–
Wertberichtigung auf Forderungen aus dem Leistungsbereich	–	194
Erträge aus der Verminderung der Forderungen aus der Grundstücks- und Vermögensverwaltung	53	–
Erträge aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	3.326	954
Einnahmen aus dem Verwaltungskostenhaushalt	181	271
	26.526	7.498

Die Position „Zinserträge aus Bankguthaben in laufender Rechnung“ enthält Zinserträge aus Geldmarktkonten in Höhe von rund 21,9 Mio. € (Vorjahr: 4,5 Mio. €).

Sonstige Aufwendungen

Zusammensetzung	2006	2005
	Tsd. €	Tsd. €
Uneinbringliche Forderungen aus dem Versicherungs- und Leistungsbereich aus Vorjahren	1.845	1.620
Außerordentliche Aufwendungen aus dem Bereich der Grundstücks- und Vermögensverwaltung aus Vorjahren	515	200
Übrige Aufwendungen	26	8
	2.386	1.828

Die Ergebnisse nach Versicherungszweigen werden in der Segmentberichterstattung ausgewiesen.

Jahresüberschuss

Die versicherungstechnische und nichtversicherungstechnische Rechnung führten im Geschäftsjahr 2006 im Versorgungskonto I zu einem Überschuss in Höhe von 459.567 Tsd. €. Um diesen Betrag wurde die Rückstellung für Pflichtleistungen erhöht. Dabei entfallen auf den Abrechnungsverband West 320.086 Tsd. €, auf den Abrechnungsverband Ost 139.481 Tsd. € (siehe Segmentberichterstattung).

Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen

Segmentberichte.

Zielsetzung der Segmentberichterstattung.

Die VBL erstellt über alle Versicherungsbereiche eine konsolidierte Bilanz. Um der in der VBLS geforderten Trennung in die Bereiche „Pflichtversicherung“ bzw. „Freiwillige Versicherung“ auch in der Berichterstattung gerecht zu werden, erfolgt hier der Ausweis der einzelnen Zahlen getrennt nach Pflicht- und Freiwilliger Versicherung und innerhalb der Pflichtversicherung getrennt nach den Versorgungskonten I und II. Bei den Versorgungskonten I bzw. II wird durch separate Gewinn- und Verlustrechnungen noch nach den Abrechnungsverbänden West und Ost bzw. Gegenwerte und Beiträge differenziert.

Bilanzpositionen der Aktivseite	Pflichtversicherung Versorgungskonto I				Freiwillige Versicherung	
	Versorgungskonto I		Versorgungskonto II			
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
	€	€	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.303.430,00	1.662.645,00	-	-	-	-
B. Kapitalanlagen						
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	319.360.861,30	279.059.808,92	-	-	-	-
II. Beteiligungen	65.813.748,12	65.813.748,12	-	-	-	-
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile	2.521.817.442,49	3.054.013.855,69	982.904.835,32	651.634.146,04	81.952.937,44	64.076.678,49
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	84.915.000,00	234.192.701,62	102.122.540,00	132.790.040,00	-	-
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	226.737.004,69	266.331.342,65	-	-	-	-
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	674.691.591,29	1.453.123.800,72	782.146.187,15	663.840.339,14	66.194.608,16	40.292.246,24
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.562.299.244,24	1.812.500.000,00	544.307.513,40	541.110.836,27	37.195.683,12	12.035.837,06
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern	-	-	-	-	5.905.157,57	3.334.819,43
D. Forderungen						
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	553.149.762,20	614.860.066,83	435.670.133,23	559.988.281,47	7.345,18	2.584,75
II. Sonstige Forderungen						
1. Sonstige Forderungen	12.095.753,38	23.926.990,18	624.416,34	6.919.394,11	371,74	-
2. Interne Verrechnungen						
a) Forderung VK I an VK II	70.078.121,51	66.894.709,11	-	-	-	-
b) Forderung VK I an Freiwillige Vers.	970.309,82	1.022.897,16	-	-	-	-
c) Forderung VK II an VK I	-	-	4.180.231,04	6.516.956,07	-	-
d) Verrechnung Geschäftsbereiche	-103.902.457,12	-75.640.682,41	103.902.457,12	75.640.682,41	-	-
E. Sonstige Vermögensgegenstände						
I. Sachanlagen und Vorräte	3.781.676,14	3.589.450,24	-	-	-	-
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	3.420.763.719,90	1.242.169.411,38	-	-	31.819.430,03	17.039.017,97
F. Rechnungsabgrenzungsposten						
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	74.631.026,03	65.193.892,03	17.460.254,93	17.938.702,56	400.676,67	427.559,23
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	451.133,02	449.001,48	1.131.493,98	825.783,15	-	-
Summe der Aktiva	9.488.957.367,01	9.109.163.638,72	2.974.450.062,51	2.657.205.161,22	223.476.209,91	137.208.743,17

Bilanzpositionen der Passivseite	Pflichtversicherung Versorgungskonto I				Freiwillige Versicherung	
	Versorgungskonto I		Versorgungskonto II			
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
	€	€	€	€	€	€
A. Rücklagen						
I. Verlustrücklage	–	–	246.231.268,00	224.383.736,00	8.401.790,13	4.643.668,93
II. Bilanzgewinn	–	–	3.371.765,00	–	–	–
B. Versicherungstechnische Rückstellungen						
I. Rückstellungen für Pflichtleistungen						
1. Abrechnungsverband West	6.789.099.840,81	6.473.295.204,56	–	–	–	–
2. Abrechnungsverband Ost	1.506.988.930,67	1.367.406.635,51	–	–	–	–
II. Deckungsrückstellungen						
1. Deckungsrückstellung	–	–	2.602.875.367,00	2.325.329.960,00	203.410.179,40	124.920.046,55
2. Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	1.033.394.230,02	1.105.930.055,46	–	–	–	–
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	8.300.000,00	8.500.000,00	–	–	–	–
IV. Rückstellung für Beiträgerstattungen und Rückzahlungen von Umlage und Beiträgen	31.934.000,00	67.488.000,00	701.000,00	2.000,00	–	–
V. Rückstellung für Überschussbeteiligung	–	–	24.717.407,00	27.459.161,00	2.566.804,25	1.578.883,97
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	979.016,11	1.236.948,51	–	–	–	–
C. Versicherungstechnische Rückstellungen soweit das Anlagerisiko bei Versicherungsnehmern	–	–	–	–	5.905.157,57	3.334.819,43
D. Andere Rückstellungen						
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.951.979,00	4.106.473,00	–	–	–	–
II. Sonstige Rückstellungen	12.089.836,66	7.934.983,66	–	–	–	–
E. Andere Verbindlichkeiten						
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft	47.725.568,89	21.454.656,66	6.397,18	–	405.367,19	110.600,81
II. Sonstige Verbindlichkeiten						
1. Sonstige Verbindlichkeiten	22.244.501,05	23.523.711,96	23.412.076,75	10.700.000,44	1.655.754,77	1.597.826,32
2. Interne Verrechnungen						
a) Verbindlichkeiten VK II gegenüber VK I	–	–	70.078.121,51	66.894.709,11	–	–
b) Verbindlichkeiten Freiwillige Versicherung gegenüber VK I	–	–	–	–	970.309,82	1.022.897,16
c) Verbindlichkeiten VK I gegenüber VK II	4.180.231,04	6.516.956,07	–	–	–	–
F. Rechnungsabgrenzungsposten	28.069.232,76	21.770.013,33	3.056.660,07	2.435.594,67	160.846,78	–
Summe der Passiva	9.488.957.367,01	9.109.163.638,72	2.974.450.062,51	2.657.205.161,22	223.476.209,91	137.208.743,17

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Pflichtversicherung

	Versorgungskonto I – gesamt		Versorgungskonto I – West	
	2006	2005	2006	2005
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Umlageaufkommen				
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	4.224.762.672,50	4.135.078.228,49	4.070.463.342,89	3.980.029.998,18
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	22.598.414,44	41.069.100,19	22.889.324,44	41.335.628,93
c) Erträge aus Überleitungen	515.575,73	759.251,21	502.797,83	753.948,12
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	-	-	-	-
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	-	-	-	-
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	109.148.846,52	108.837.790,99	109.148.846,52	108.837.790,99
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	300.077.072,11	326.034.887,55	300.077.072,11	326.034.887,55
c) Erträge aus Zuschreibungen	-	11.091.623,34	-	11.091.623,34
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	51.949.860,48	9.749.050,24	51.949.860,48	9.749.050,24
e) Verrechnungskonto West – Ost	-	-	-74.202.445,41	-59.568.858,11
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	-	-	-	-
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	5.449.142,75	6.611.586,63	5.427.877,27	6.607.223,28
6. Aufwendungen für Leistungen				
a) Leistungen				
aa) Zahlungen für Leistungen	4.101.230.548,24	4.055.183.901,98	4.019.038.894,96	3.987.718.952,89
bb) Verwaltungsaufwendungen	31.205.449,00	38.005.220,00	28.838.331,00	35.429.776,00
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-554.000,00	-3.994.000,00	-352.000,00	-4.081.000,00
c) Aufwendungen für Überleitungen	352.230,14	363.177,40	352.226,14	363.173,40
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	-	-	-	-
b) sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-34.157.932,40	18.544.036,93	-32.657.932,40	17.744.036,93
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	27.992.939,40	17.100.905,31	24.097.168,40	14.739.958,31
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	65.534.253,10	62.433.212,58	65.020.183,10	61.910.290,58
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	19.291.304,21	10.246.956,00	19.291.304,21	10.246.956,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	50.641.239,29	1.216.742,57	50.641.239,29	1.216.742,57
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	-	-	-	-
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	14.726.585,90	22.767.147,46	13.240.128,14	22.544.087,65
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+438.238.967,65	+417.364.218,41	+298.747.133,29	+277.038.318,19
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	23.712.247,28	6.123.099,64	23.674.523,28	6.045.259,64
2. Sonstige Aufwendungen	2.384.052,48	1.824.780,46	2.335.948,28	1.808.839,10
3. Jahresergebnis vor Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung	+459.567.162,45	+421.662.537,59	+320.085.708,29	+281.274.738,73
4. Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung	-	-	-	-
5. Jahresüberschuss	+459.567.162,45	+421.662.537,59	+320.085.708,29	+281.274.738,73
6. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-459.567.162,45	-421.662.537,59	-320.085.708,29	-281.274.738,73
7. Veränderung der Verlustrücklage	-	-	-	-
8. Bilanzgewinn	-	-	-	-

Pflichtversicherung

Versorgungskonto I – Ost		Versorgungskonto II – gesamt		Versorgungskonto II – Gegenwerte		Versorgungskonto II – Beiträge	
2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
€	€	€	€	€	€	€	€
154.299.329,61	155.048.230,31	125.980.760,28	117.572.038,77	-	-	125.980.760,28	117.572.038,77
-290.910,00	-266.528,74	-	-	-	-	-	-
12.777,90	5.303,09	-	-	-	-	-	-
-	-	2.741.754,00	-	2.741.754,00	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	79.356.995,74	79.927.513,43	64.090.825,30	69.410.709,58	15.266.170,44	10.516.803,85
-	-	295.658,90	-	275.789,24	-	19.869,66	-
-	-	1.709.805,68	3.129.367,67	1.709.805,68	3.066.813,47	-	62.554,20
74.202.445,41	59.568.858,11	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-
21.265,48	4.363,35	9.933.015,13	24.834.227,75	9.928.931,87	24.834.001,58	4.083,26	226,17
82.191.653,28	67.464.949,09	63.519.202,94	61.793.074,29	62.490.136,50	61.275.822,98	1.029.066,44	517.251,31
2.367.118,00	2.575.444,00	1.264.650,00	1.197.788,00	504.684,00	567.424,00	759.966,00	630.364,00
-202.000,00	87.000,00	-1.000,00	-	-	-	-1.000,00	-
4,00	4,00	-	-	-	-	-	-
-	-	137.520.272,17	127.841.965,68	9.426.475,17	7.727.390,50	128.093.797,00	120.114.575,18
-1.500.000,00	800.000,00	-600.000,00	1.300.000,00	-	-	-600.000,00	1.300.000,00
3.895.771,00	2.360.947,00	3.688.575,00	2.208.039,00	856.672,00	512.042,00	2.831.903,00	1.695.997,00
514.070,00	522.922,00	772.136,29	655.748,33	144.032,17	130.946,85	628.104,12	524.801,48
-	-	2.156.236,67	295.658,90	1.736.286,67	275.789,24	419.950,00	19.869,66
-	-	73.204,00	96.911,78	1.204,00	-	72.000,00	96.911,78
-	-	-	-	-	-	-	-
1.486.457,76	223.059,81	1.923.488,56	1.919.805,47	1.803.595,12	1.834.249,32	119.893,44	85.556,15
+139.491.834,36	+140.325.900,22	+9.701.224,10	28.154.156,17	+1.784.020,46	+24.987.859,74	+7.917.203,64	3.166.296,43
-	-	-	-	-	-	-	-
37.724,00	77.840,00	2.573.654,04	1.274.186,50	2.109.045,15	924.359,64	464.608,89	349.826,86
48.104,20	15.941,36	1,10	0,65	0,57	0,36	0,53	0,29
+139.481.454,16	+140.387.798,86	+12.274.877,04	+29.428.342,02	+3.893.065,04	+25.912.219,02	+8.381.812,00	+3.516.123,00
-	-	-	-11.745.613,00	-	-10.229.490,00	-	-1.516.123,00
+139.481.454,16	+140.387.798,86	+12.274.877,04	+17.682.729,02	+3.893.065,04	+15.682.729,02	+8.381.812,00	+2.000.000,00
-139.481.454,16	-140.387.798,86	-	-	-	-	-	-
-	-	-8.903.112,04	-17.682.729,02	-1.903.112,04	-15.682.729,02	-7.000.000,00	-2.000.000,00
-	-	-3.371.765,00	-	-1.989.953,00	-	-1.381.812,00	-

Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

Freiwillige Versicherung

	Freiwillige Versicherung	
	2006	2005
	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung		
1. Umlageaufkommen		
a) Umlage und Beiträge (inkl. Sanierungsgeld)	78.225.323,86	54.774.061,39
b) Veränderung der Rückstellung für Gegenwerte und Ausgleichsbeträge	-	-
c) Erträge aus Überleitungen	-	-
2. Erträge aus der Rückstellung für Überschussbeteiligung	-	-
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	-	-
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten	-	-
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	8.391.023,69	4.510.997,20
c) Erträge aus Zuschreibungen	-	-
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	3.437,01	1.301.729,66
e) Verrechnungskonto West – Ost	-	-
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	457.528,42	288.964,72
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge	-	-
6. Aufwendungen für Leistungen		
a) Leistungen		
aa) Zahlungen für Anstaltsleistungen	499.439,90	192.309,08
bb) Verwaltungsaufwendungen	47.198,00	20.002,44
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Leistungen	-	-
c) Aufwendungen für Überleitungen	408,11	-
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen		
a) Deckungsrückstellung	81.060.470,99	56.635.190,63
b) sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	-	-
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (Verwaltungsaufwendungen)	841.622,00	980.269,74
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	72.916,00	13.873,30
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-	-
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	28.850,48	14.483,59
10. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	4.477,18	-
11. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	14.412,82	8.901,68
12. Versicherungstechnisches Ergebnis	+4.507.517,50	+3.010.722,51
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	240.071,21	100.661,16
2. Sonstige Aufwendungen	1.547,23	3.036,57
3. Jahresergebnis vor Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung	+4.746.041,48	+3.108.347,10
4. Veränderung der Rückstellungen für Überschussbeteiligung	-987.920,28	-496.066,66
5. Jahresüberschuss	+3.758.121,20	+2.612.280,44
6. Veränderung der Rückstellung für Pflichtleistungen	-	-
7. Veränderung der Verlustrücklage	-3.758.121,20	-2.612.280,44
8. Bilanzgewinn	-	-

Summen Segmentberichte		konsolidierte Beträge				konsolidiert	
2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
€	€	€	€	€	€	€	€
4.428.968.756,64	4.307.424.328,65	-	-	4.428.968.756,64	4.307.424.328,65		
22.598.414,44	41.069.100,19	-	-	22.598.414,44	41.069.100,19		
515.575,73	759.251,21	-	-	515.575,73	759.251,21		
2.741.754,00	-	-	-	2.741.754,00	-		
-	-	-	-	-	-		
109.148.846,52	108.837.790,99	-	-	109.148.846,52	108.837.790,99		
387.825.091,54	410.473.398,18	-	-	387.825.091,54	410.473.398,18		
295.658,90	11.091.623,34	-	-	295.658,90	11.091.623,34		
53.663.103,17	14.180.147,57	-	-	53.663.103,17	14.180.147,57		
-	-	-	-	-	-		
457.528,42	288.964,72	-	-	457.528,42	288.964,72		
15.382.157,88	31.445.814,38	1.923.320,98	1.919.569,36	13.458.836,90	29.526.245,02		
4.165.249.191,08	4.117.169.285,35	-	-	4.165.249.191,08	4.117.169.285,35		
32.517.297,00	39.223.010,44	-	-	32.517.297,00	39.223.010,44		
-555.000,00	-3.994.000,00	-	-	-555.000,00	-3.994.000,00		
352.638,25	363.177,40	-	-	352.638,25	363.177,40		
218.580.743,16	184.477.156,31	-	-	218.580.743,16	184.477.156,31		
-34.757.932,40	19.844.036,93	-	-	-34.757.932,40	19.844.036,93		
32.523.136,40	20.289.214,05	-	-	32.523.136,40	20.289.214,05		
66.379.305,39	63.102.834,21	-	-	66.379.305,39	63.102.834,21		
21.447.540,88	10.542.614,90	-	-	21.447.540,88	10.542.614,90		
50.743.293,77	1.328.137,94	-	-	50.743.293,77	1.328.137,94		
4.477,18	-	-	-	4.477,18	-		
16.664.487,28	24.695.854,61	1.923.320,98	1.919.569,36	14.741.166,30	22.776.285,25		
+452.447.709,25	+448.529.097,09	-	-	+452.447.709,25	+448.529.097,09		
26.525.972,53	7.497.947,30	-	-	26.525.972,53	7.497.947,30		
2.385.600,81	1.827.817,40	-	-	2.385.600,81	1.827.817,40		
+476.588.080,97	+454.199.226,71	-	-	+476.588.080,97	+454.199.226,71		
-987.920,28	-12.241.679,66	-	-	-987.920,28	-12.241.679,66		
+475.600.160,69	+441.957.547,05	-	-	+475.600.160,69	+441.957.547,05		
-459.567.162,45	-421.662.537,59	-	-	-459.567.162,45	-421.662.537,59		
-12.661.233,24	-20.295.009,46	-	-	-12.661.233,24	-20.295.009,46		
-3.371.765,00	-	-	-	-3.371.765,00	0,00		

Zusammen- setzung der Zah- lungen für Leistungen	Pflichtversicherung										Freiwillige Versicherung	
	konsolidiert		Versorgungskonto I				Versorgungs- konto II konsolidiert					
			konsolidiert		Abrechnungs- verband West				Abrechnungs- verband Ost			
	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	
Leistungen aus der Versicherung												
Betriebsrenten												
an Versicherte	3.663.042	3.616.615	3.604.652	3.560.785	3.524.342	3.495.205	80.310	65.580	58.390	55.830	101	33
an Hinter- bliebene	477.123	466.569	472.191	461.128	470.573	459.733	1.618	1.395	4.932	5.441	3	2
	4.140.165	4.083.184	4.076.843	4.021.913	3.994.915	3.954.938	81.928	66.975	63.322	61.271	104	35
Sonstige Leistungen												
Sterbegelder	11.855	17.529	11.749	17.217	11.605	17.042	144	175	106	312	–	2
Abfindungen	5.796	9.560	5.719	9.379	5.629	9.089	90	290	77	181	396	155
Beitrags- und Umlageerstat- tungen	7.077	7.102	7.063	7.073	7.034	7.046	29	27	14	29	–	–
Brutto- Leistungen	4.164.893	4.117.375	4.101.374	4.055.582	4.019.183	3.988.115	82.191	67.467	63.519	61.793	500	192
abzüglich Erträge aus Schadenser- satzansprüchen ¹	144	398	144	398	144	396	–	2	–	–	–	–
Netto- Leistungen	4.164.749	4.116.977	4.101.230	4.055.184	4.019.039	3.987.719	82.191	67.465	63.519	61.793	500	192

¹ § 50 VBLS bzw. § 18 Anhang 2 der VBLS

Die Organe Verwaltungsrat und Vorstand, die Teil des Anhangs sind, werden nach dem Bestätigungsvermerk und den Beschlüssen der Organe aufgeführt.

Organe

Im Jahresdurchschnitt waren bei der VBL beschäftigt:

Mitarbeiter

Zusammensetzung	2006	2005
	Anzahl	Anzahl
Vorstandsmitglieder und zur Dienstleistung bei der VBL beurlaubte Beamte	4	4
Beschäftigte*	910	946
	914	950

* Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) unterscheidet nicht mehr nach Angestellten und Arbeitern (Inkrafttreten: 01.10.2005).

Die Personalkennzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

Zusammensetzung		Stand	Stand
		31.12.2006	31.12.2005
Personalbestand	Anzahl	883	950
davon: Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	127	140
Altersteilzeitbeschäftigte	Anzahl	81	72
Durchschnittsalter	Jahre	45,7	44,5
Anteil der weiblichen Mitarbeiter	%	49,7	49,2
Anteil der schwerbehinderten Mitarbeiter	%	7,7	6,8

Karlsruhe, den 04. Juni 2007

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Die hauptamtlichen Vorstandsmitglieder

Thiel

Stebel

Peters

Bestätigungsvermerk.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 13. Juni 2007 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, (VBL) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften (insbesondere der §§ 341 ff. HGB und der RechVersV) und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der VBL. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der VBL sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VBL. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der VBL und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Karlsruhe, den 13. Juni 2007

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Schattling ppa. Heubrock
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin





Die VBL ist in Bewegung.

Mitarbeiter und Unternehmen.

Gemeinsam erreichen wir das Ziel.



Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 der VBL wurde hinsichtlich Ansatz, Bewertung und Ausweis geprüft. Die Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich gegenüber dem Vorjahr beibehalten. Die Organe der VBL billigen den vorgelegten Bericht.

Beschlüsse der Organe.

Beschluss des Vorstands.

Der Vorstand billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006.

Berlin, den 23. November 2007

Der Vorsitzende des Vorstands

Präsident Wolf R. Thiel

Beschluss des Verwaltungsrats.

Der Verwaltungsrat billigt den ihm vorgelegten Bericht über das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2006.

Berlin, den 23. November 2007

Der amtierende Vorsitzende des Verwaltungsrats

Kurt Martin

Verwaltungsrat.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser MdL, Vorsitzender, München
- Ministerialrat a. D. Klaus Böhlo, Berlin
- Ministerialrat Knut Bredendiek, Berlin
- Ltd. Ministerialrat Ernst-Günter Kapitza, Hannover
- Hauptgeschäftsführer a. D. Gerhard Kappius, Köln – bis 29. März 2007 –
Hauptgeschäftsführer Manfred Hoffmann, Frankfurt am Main
– seit 30. März 2007 –
- Verbandsgeschäftsführer Wilfried Kley, Kiel
- Ministerialrat Dr. Colin Magg, Stuttgart
- Ministerialrat Volker Oye, Magdeburg
- Ltd. Ministerialrat Bernd Pieper, Düsseldorf
- Ministerialrat Markus Putz, München
- Ministerialrat Peter Rupprecht, Mainz
- Regierungsdirektorin Karin Sachse, Erfurt
- Ministerialrat Klaus Schlegel, Schwerin
- Senatsrat Dr. Wolfgang Schmidt-Streckenbach, Berlin
- Ministerialrat Josef Seifner, Wiesbaden – bis 27. März 2007 –
Richter am Arbeitsgericht Ralf Gaumann, Wiesbaden
– seit 28. März 2007 –
- Senatsrat Wolfgang Söller, Bremen
- Ministerialrat Frank Sulimma, Kiel
- Hauptgeschäftsführer Dr. Emil Vesper, Wuppertal
- Ministerialrat Dr. Franz-Eugen Volz, Berlin

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Hartmut Limbeck (ver.di), Wittmund, Vorsitzender – bis 28. Februar 2007 –
Kurt Martin (ver.di), Berlin, Vorsitzender – seit 1. März 2007 –
- Jürgen Albinus (ver.di), Leipzig
- Hubert Bowinkelmann (ver.di), Münster
- Dr. Karin-Heidrun Eulenberger (ver.di), Leipzig
- Karl-Heinz Gottschalk (ver.di), Wolfsburg
- Siglinde Hasse (dbb tarifunion), Berlin
- Jürgen Heinrich (ver.di), München – bis 31. Dezember 2005 –
Karl-Heinz Böhmländer (ver.di), Ansbach – seit 23. August 2006 –
- Hans-Jürgen Immerthal (ver.di), Wilhelmshaven
- Axel Jahnz (ver.di), Magdeburg
- Bernd Kalusche (ver.di), Berlin

- Gisela Kullack (ver.di), Berlin
- Cord Peter Lubinski (ver.di), Kiel
- Helmut Overbeck (dbb tarifunion), Düsseldorf
- Wolfgang Schelter (ver.di), Berlin
- Werner Schwemer (ver.di), Lüneburg
- Meinolf Theiner (dbb tarifunion), Düsseldorf
- Peter Rügner (ver.di), Weinsberg
- Bernd Wolf (ver.di), Leinefelde-Worbis
- Dagmar Zeppa (ver.di), Berlin

Vorstand.

Mitglieder aus dem Kreis der Beteiligten.

- Präsident Wolf R. Thiel, Vorsitzender
- Bettina Stebel, hauptamtliches Vorstandsmitglied und Vertreterin des Präsidenten
- Richard Peters, hauptamtliches Vorstandsmitglied
- Ministerialdirigent Dr. Rüdiger Messal, Düsseldorf – bis 16. Mai 2006 –
Ltd. Ministerialrat Ulf-Rainer Hoffmann, Düsseldorf – seit 22. Juni 2006 –
- Ministerialdirigent a. D. Dr. Thorolf Stegmann,
Leinfelden-Echterdingen – bis 22. Februar 2006 –
Ministerialrat Veit Mössler, Stuttgart – seit 23. Februar 2006 –
- Geschäftsführer Ulrich Konstantin Rieger, Bonn
- Ministerialrätin Kerstin Rudolph, Dresden
- Ministerialdirigent Dr. Reinhard Timmer, Berlin – bis 11. Juni 2006 –
Ministerialdirigent Anton Lieven, Berlin – seit 12. Juni 2006 –
- Hauptgeschäftsführer Bernd Wilkening, Hannover

Mitglieder aus dem Kreis der Versicherten.

- Peter Bepperling (ver.di), Trier
- Herbert Enzweiler (ver.di), Stockstadt
- Wolfgang Feldmann (ver.di), Kiel
- Ingrid Hinz-Hildebold (ver.di), Wuppertal – bis 30. Juni 2006 –
Hildegard Thor (ver.di), Soest – seit 1. Juli 2006 –
- Norbert Stirnal (ver.di), Berlin
- Michael Wiese (ver.di), Düsseldorf
- Ulrich Wolters (ver.di), Cottbus
- Walter Wüst (ver.di), Aalen

Schiedsgericht.

Erste Kammer.

- Heino Gans, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, München, Vorsitzender
- Klaus Fiebig, Richter am Oberlandesgericht, München, Beisitzer
- Herbert Zue (ver.di), Straßen- und Wasserbauamt, Pfarrkirchen, Beisitzer
- Dr. Rudolf Appel, Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof a. D., München, Vertreter des Vorsitzenden
- Manfred Fuchs, Richter am Oberlandesgericht, München, stellvertretender Beisitzer
- Dirk Poller (ver.di), stellvertretender Beisitzer

Zweite Kammer.

- Rolf Rainer Rühling, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Vorsitzender
- Hans Peter Spiegl, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht, München, Beisitzer
- Reinhard Henning (ver.di), Infanterieschule, Hammelburg, Beisitzer
- Christian Walter, Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht a. D., Vertreter des Vorsitzenden
- Ricarda Ziestler, Oberregierungsrätin, Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd, München, stellvertretende Beisitzerin
- Adolf Winkelhaus (ver.di), stellvertretender Beisitzer

Oberschiedsgericht.

- Dr. Friedrich Blumenröhr, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a. D., Karlsruhe, Vorsitzender
- Bernd Heß, Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht, Karlsruhe, Beisitzer
- Joachim Schäfer, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, Karlsruhe, Beisitzer
- Dr. Marco Deichmann, Richter am Oberlandesgericht, Frankfurt am Main, Beisitzer
- Wolfgang Wall (ver.di), Beisitzer
- Bettina Gammel-Hartmann (ver.di), Amtsgericht München, Beisitzerin
- Klaus Hilpert (ver.di), Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt, – Bauhof Würzburg –, Würzburg, Beisitzer
- Rainer Schulte, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof a. D., Karlsruhe, Vertreter des Vorsitzenden
- Anette Schmidt, Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht Rheinland-Pfalz, Mainz, stellvertretende Beisitzerin
- Michael Zimmermann, Vizepräsident des Sozialgerichts, Stuttgart, stellvertretender Beisitzer – bis 31. Januar 2006 –
Dr. Antje Krüger, Richterin am Amtsgericht, Karlsruhe, stellvertretender Beisitzerin – seit 5. April 2006 –
- Johannes Rautert, Präsident des Sozialgerichts a. D., stellvertretender Beisitzer
- Michael Frey (ver.di), Landesbesoldungsamt Schleswig-Holstein, Kiel, stellvertretender Beisitzer
- Werner Schaberg (ver.di), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, – Landesbezirk Berlin-Brandenburg –, Berlin, stellvertretender Beisitzer
- Wolfgang Tübbecke (ver.di), stellvertretender Beisitzer

VBL. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
Anstalt des öffentlichen Rechts.
Hans-Thoma-Straße 19, 76133 Karlsruhe.
Telefon 0721 155-0, Telefax 0721 155-666, info@vbl.de, www.vbl.de



Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder
Karlsruhe